

148. Sitzung

Mittwoch, den 05.06.2019

Erfurt, Plenarsaal

Gründung einer „Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ – Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern abwenden

12856

Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/7245 -

Staatssekretär Krückels erstattet einen Sofortbericht zu Nummer I des Antrags. Die Erfüllung des Berichtersuchens wird gemäß § 106 Abs. 2 Satz 2 GO festgestellt.

Der beantragten Fortsetzung der Beratung zum Sofortbericht im Ausschuss für Europa, Kultur und Medien gemäß § 106 Abs. 1 i.V.m. § 86 Abs. 2 Satz 3 GO wird zugestimmt.

Die Nummer II des Antrags wird an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien überwiesen.

Mohring, CDU

12856,
12857,
12870, 12891

Krückels, Staatssekretär

12857,
12864

Kellner, CDU

12865,
12866,

12867, 12867, 12867, 12869, 12869, 12870, 12881, 12881, 12883, 12884

Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

12869,
12869,
12870

Dr. Hartung, SPD	12870, 12870, 12870
Möller, AfD	12872
Mitteldorf, DIE LINKE	12873, 12884
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12878
Marx, SPD	12880
Hey, SPD	12884
Wirkner, CDU	12886
Höcke, AfD	12887
Ramelow, Ministerpräsident	12888

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Bühl, Diezel, Emde, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Rosin, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Prof. Dr. Voigt, Walk, Wirkner, Worm, Wucherpfennig, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Jung, Kalich, König-Preuss, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Leukefeld, Lukasch, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wagler, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Dr. Hartung, Helmerich, Hey, Lehmann, Marx, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Warnecke

Fraktion der AfD:

Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Müller, Pfefferlein, Rothe-Beinlich

fraktionslos:

Gentele, Rietschel

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Ramelow, die Minister Holter, Keller, Maier

Beginn: 11.01 Uhr

Präsidentin Diezel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, die ich hiermit eröffne.

Ich begrüße auch die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und am Livestream und die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Die Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags aufgrund eines Antrags der Fraktion der CDU einberufen.

Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 6/7246 vor.

Für diese Plenarsitzung hat als Schriftführer Herr Abgeordneter Kobelt neben mir Platz genommen. Die Redeliste führt Herr Abgeordneter Herrgott.

Es haben sich für diese Sitzung entschuldigt: Frau Abgeordnete Muhsal, Frau Abgeordnete Scheerschmidt, Herr Abgeordneter Tischner, Herr Minister Prof. Dr. Hoff, Herr Minister Lauinger, Frau Ministerin Siegesmund und Frau Ministerin Werner.

Hinweis zur Tagesordnung: Die Landesregierung hat mitgeteilt, zu dem Tagesordnungspunkt von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Gibt es weitere Hinweise zur Tagesordnung? Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt**

Gründung einer „Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten“ – Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern abwenden
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 6/7245 -

Wünscht die Fraktion der CDU das Wort zur Begründung? Ja. Herr Abgeordneter Mohring, bitte schön.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Präsidentin, ich begrüße Sie und die Vertreter der Stiftung Schlösser und Gärten und Museumsdirektoren aus Thüringen zu dieser Debatte, die wir für heute

beantragt haben und für die wir darum gebeten haben, über die geplante Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten zu sprechen, weil es um Thüringen geht.

Acht Sterne zieren das Thüringer Landeswappen. Sie stehen für sieben Thüringer Kleinstaaten, die vor bald hundert Jahren das Land Thüringen gründeten. Der achte Stern steht für die preußischen Territorien, die 1945 hinzugekommen sind. Sie stehen für Thüringen, das Land der Residenzen – so wie der Titel einer Landesausstellung im Jahr 2004 klug gewählt wurde.

(Beifall CDU)

Doris Fischer, die Direktorin der Stiftung Schlösser und Gärten hat zur Saisonöffnung 2019 Folgendes gesagt: „Es geht ums Ganze. Es geht um die kulturelle Identität des Freistaats Thüringen und es geht alle Thüringerinnen und Thüringer etwas an.“ Genau deshalb ist die geplante Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten ein politisches Thema, über das der Landtag reden muss, über das der Landtag informiert werden muss und über das der Landtag zuerst entscheiden muss, welchen Weg wir für Thüringen für den richtigen halten. Deshalb haben wir diese Sondersitzung beantragt.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, unser Eindruck ist, im krassen Missverhältnis dazu steht die Politik der Landesregierung; nicht zuletzt vor allen Dingen ihre Informationspolitik der Öffentlichkeit, den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch diesem gewählten Landtag gegenüber. Sie steuert einen Staatsvertrag an und hat es bisher nicht für nötig gehalten, bei diesem Thema aktiv auf den Landtag in seiner Gesamtheit zuzugehen.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellso, DIE LINKE: Das ist eine Lüge!)

Bei einem Staatsvertrag kann das Parlament am Ende mit seiner notariellen Funktion nur Ja oder Nein sagen. Wenn es aber um das Ganze geht, dann ist das zu wenig, dann sollte der Landtag zuvor befasst werden mit dieser Materie.

(Beifall CDU)

Diese Alles-oder-nichts-Politik soll mit dieser öffentlichen Plenarsitzung ein Ende haben. Wir sind nicht so ganz sicher, ob das Thema bei der Landesregierung in guten Händen ist,

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellso, DIE LINKE: Bei Ihnen sicher nicht!)

denn zum historischen Erbe muss man ein inneres Verhältnis haben, eine angemessene Haltung entwickeln.

(Abg. Mohring)

(Beifall CDU)

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir haben daran Zweifel. Unvergessen ist, wie Bodo Ramelow im Jahr 2016 kurzerhand die acht Sterne aus dem Landeswappen, von dem ich vorhin gesprochen habe, für acht neue geplante Landkreise in Anspruch nahm. Wir sehen bei dieser Debatte und dem Verhältnis, das Sie jetzt zur geplanten Mitteldeutschen Kulturstiftung aufbringen, eine Menge Analogien zur schon gescheiterten Gebietsreformdebatte. Bisher dreht sich alles nur um die Frage des Wie der geplanten Stiftung und jetzt stellen sich schon genügend Fragen: Um welche Objekte geht es? Um welche Sammlungen geht es? Welche dauerhaften Zusagen werden gemacht? Welche Rechtskonstruktionen sollen wirklich folgen? Welche Eigentumsverhältnisse stehen an? Welche Führungspersonalien in der Stiftung sind geplant? Und: Welche Standorte der Stiftung sind denn wirklich vorgesehen? Alle diese Fragen sind nicht beantwortet und nicht geklärt. Es gibt viele Ungereimtheiten, Unwägbarkeiten, Geheimnisse, aber keine Transparenz. Wir fordern diese Transparenz hier heute ein.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, diese Fragen werden nicht allein von den Trägern der diskutierten Liegenschaften und Museen zunehmend dringender gestellt, die Zweifel gibt es bis hinein in die Regierungskoalition. Völlig zu Recht hat es Kollegin Marx als unerhört empfunden, dass Minister Hoff die Gerüchteküche zur Übertragung von Museumsbeständen kommunaler Träger an die geplante Stiftung vorantreibt. Doch lenkt diese Debatte über das Wie von der eigentlichen Grundfrage ab. Lassen Sie uns erst mal einen Schritt zurücktreten und die viel wichtigere Frage stellen, ob wir diesen Weg überhaupt bestreiten wollen.

(Beifall CDU)

Auch da sagen wir klar: Ja, es gibt einen gewaltigen Sanierungsbedarf, ja, wir hätten auch schon mehr machen können. Ja, das ist richtig, doch es leuchtet uns nicht ein, dass wir dafür unser kulturgeschichtliches Tafelsilber in eine länderübergreifende Stiftung geben sollen. Wir wollen diesen Ausverkauf Thüringens über diesen Weg der Stiftung nicht mitgehen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Die Schlösser bleiben schon stehen!)

Wir wollen eine Landesregierung, die unsere Landesinteressen beherzt vertritt und die dem Bund auch sagt: Wenn ihr Geld gebt, sind wir dafür dankbar, aber das heißt nicht, dass ihr die Kultushoheit der Länder infrage stellt und bestimmt, was in diesem Freistaat Thüringen mit seiner kulturhistorischen Tradition passiert, sondern aus Thüringen heraus muss die Souveränität in den Verhandlungen zum Ausdruck gebracht werden. Das Geld bestimmt nicht den Weg, wer zuständig ist in der Zukunft. Diesen Unterschied macht unser Politikansatz aus.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Frau Präsidentin, Sie haben recht. Deswegen haben wir diese Sondersitzung beantragt, denn es geht ums Ganze, es geht um Thüringen und deshalb wollen wir die öffentliche Debatte hier im Thüringer Landtag haben. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Nur um dich geht es, Mike!)

Präsidentin Diezel:

Danke schön. Die Landesregierung hat einen Sofortbericht zu Nummer I angekündigt und ich erteile das Wort Herrn Staatssekretär Krückels.

Krückels, Staatssekretär:

Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, ich stehe natürlich gern zur Verfügung. Bevor ich auf die im Antrag der CDU gestellten Fragen seitens der Landesregierung antworte, darf ich doch noch ein, zwei Vorbemerkungen machen. In der heutigen Sonderplenarsitzung reden wir über nicht mehr und nicht weniger als eine der größten Chancen zur Sanierung und Entwicklung unserer Burgen, Klöster, Schlösser und Gärten in Thüringen seit der Wiedergründung des Freistaats 1990. Wenn deshalb in Zeitungen die Überschrift zu lesen ist "Weiter Streit über Thüringens Schlösser und Gärten", wenn sich Abgeordnete von Koalition und Opposition deshalb die Freundschaft aufkündigen, wie es ebenfalls in der Zeitung stand, weil wir die Chance erhalten, 200 Millionen Euro mehr für den Erhalt unserer Kulturdenkmäler ausgeben zu können, dann läuft in der Debatte einiges schief.

(Staatssekretär Krückels)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CDU kritisiert, dass wir als Landesregierung, dass die Staatskanzlei und namentlich der Kulturminister – den ich heute vertrete und auch entschuldige – über die Planung für Thüringens Schlösser und Gärten nicht sprechen wollen. Ich kann Ihnen versichern: Das Gegenteil ist der Fall, und wer den Kulturminister kennt, weiß, dass Schweigsamkeit nicht zu seinen hervorragendsten Eigenschaften gehört. Im Gegenteil: Er wirbt für seine Ideen, ihm sind Partizipation und transparenter Austausch wichtig. Das war ihm immer wichtig und wird es auch bleiben.

(Beifall DIE LINKE)

Umso mehr bedauert er, dass die CDU-Fraktion, obwohl bekannt war, dass der Kulturminister heute als Vater seines Sohnes gebraucht wird, nicht bereit war, diese Sondersitzung so zu terminieren, dass der Kulturminister selbst Rede und Antwort stehen kann. Wir müssen am Verständnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglicherweise noch etwas feilen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es einmal so: Das hätte besser gelingen können.

Der Kulturminister führt Partizipation als Bestandteil funktionierender Kulturpolitik – wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren der CDU-Fraktion – nicht nur im Munde, sondern lebt sie auch. Deshalb hat er bereits im März dieses Jahres die Kollegen Kellner und Wirkner sowie den für Kultur zuständigen Referenten der CDU-Fraktion über das Schlösser-Sonderinvestitionsprogramm I, über das wir hier sprechen, das im Bundeshaushalt eingestellt wurde, über die Prüfung zur Bildung einer Mitteldeutschen Schlösserstiftung informiert. Die CDU-Kollegen sind auf Basis dieser Information anschließend nach Sachsen-Anhalt gefahren – das wurde uns zumindest berichtet –, um sich von der Landesregierung Sachsen-Anhalt über die dortigen Planungen in Kenntnis setzen zu lassen. Der Kulturminister hatte angeboten, jederzeit in den für Kultur zuständigen Arbeitskreis der Thüringer CDU-Fraktion zu kommen oder auch der CDU-Fraktion in Gänze Bericht zu erstatten, so, wie er dies in der vergangenen Woche auch bei der Fraktion der Grünen auf deren kurzfristigen Wunsch hin tat, ebenso in der Linksfraktion. Von diesen Angeboten hat die CDU-Fraktion leider keinen Gebrauch gemacht,

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

ebenso wenig wurde zunächst der übermorgen tagende reguläre Ausschuss für Kultur des Landtags abgewartet, in dem der Minister regulär Bericht erstattet hätte.

Der Kulturminister hat im Übrigen auch auf Bitten von Kommunen reagiert. Er war vor zwei Wochen in Altenburg und hat dort gegenüber den Mitgliedern des Stadtrats Altenburg und des Kreistags Altenburger Land ausführlich Rede und Antwort gestanden, wie der Abgeordnete Zippel der CDU-Fraktion sicherlich bestätigen kann, der an dieser Veranstaltung teilgenommen hat.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Von mangelnder Informationsbereitschaft des Kulturministers kann also keine Rede sein.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein der Umstand, dass auf Bundesebene zwischen der für Kultur zuständigen Staatsministerin im Kanzleramt und dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, namentlich der Regierungsfractionen – also der Großen Koalition –, für die Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen wesentliche Fragen noch nicht abschließend geklärt sind, führt dazu, dass der Kulturminister schlichtweg noch nicht in der Lage war zu kommunizieren, wie er es möchte und wie es natürlich dem Sachverhalt, wenn er dann verhandelt wird und geklärt werden muss, angemessen ist.

Wenn der Thüringer Landtag in seinen Plenarsitzungen der kommenden Woche den Landeshaushalt 2020 beschließt, dessen Verfassungskonformität die CDU bekanntlich anzweifelt, dann verpflichtet sich der Freistaat zur Kofinanzierung von 100 Millionen Euro, also 50 Prozent des für Thüringen vorgesehenen Gesamtbetrags für die Sanierung von Schlössern, Klöstern und Burgen Thüringens. Die CDU-Fraktion möchte diese Verpflichtungen offenbar derzeit nicht eingehen und sowohl den Bund als auch die Schlösser in Unklarheit halten, ob die Bundesmittel in Anspruch genommen werden können oder nicht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre ja schlecht!)

Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass in den vergangenen 25 Jahren für die Liegenschaften der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten insgesamt ganze 230 Millionen Euro verwendet wurden, erschließt sich die Dimension, über die wir jetzt diskutieren, für den Thüringer Denkmalschutz.

(Staatssekretär Krückels)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können in den kommenden Jahren die Investitionen für Schlösser und Gärten des gesamten vergangenen Vierteljahrhunderts verdoppeln. Darüber hinaus hat die Landesregierung die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund über die Sanierung von Schloss Friedenstein im Umfang von 60 Millionen Euro, die Finanzierungsvereinbarung zur Sanierung des Lindenau-Museums im Volumen von 48 Millionen Euro geschlossen und den Landesanteil am Sonderinvestitionsprogramm der Klassik Stiftung Weimar im Umfang von 40 Millionen Euro für das Stadtschloss Weimar und ein Volumen von weiteren 158 Millionen Euro für die Sanierung von Schlössern ermöglicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem hat diese Landesregierung mit der erfolgreichen Enteignung des verantwortungslosen Eigentümers von Schloss Reinhardsbrunn ein Zeichen gesetzt, dass Denkmalschutz auch unbequeme Mittel und Wege nicht scheut.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein daran wird deutlich, wie wichtig dieser Landesregierung die Schlösser, Gärten, Burgen und Klöster als Zeugnisse unserer Landesgeschichte und Identität sind. Wir wollen diese Zeugnisse bewahren, sie entwickeln und ihnen Zukunft geben. Wer angesichts dessen vom Ausverkauf Thüringer Kulturgüter spricht oder fabuliert, handelt, glaube ich, sehr verantwortungslos.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade weil die Schlösser und Gärten vom Engagement vieler Ehrenamtlicher leben, weil Menschen sich mit diesen Zeugnissen unserer Landesgeschichte intensiv befassen und viel Zeit da hineininvestieren, ist diese Art der Angstmacherei – bei allem Verständnis für den Wahlkampf – nicht angemessen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich nun zum Bericht kommen und zur Abarbeitung der gestellten Fragen.

Zu I – Bericht über den aktuellen Planungs- und Verhandlungsstand im Zusammenhang mit der geplanten Gründung einer Stiftung Mitteldeutscher Schlösser und Gärten; in diesem Zusammenhang gehe ich auch auf Frage 1 ein, welches Stiftungsmodell bzw. -konstrukt die Landesregierung favori-

siert und in welchem gesetzlichen Rahmen dies umgesetzt werden soll:

Vor 25 Jahren wurde die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten gegründet. Ihre Arbeit ist eine Erfolgsgeschichte. Schon deshalb, weil die damals bei der Gründung im Errichtungsgesetz vorgesehenen 15 Millionen D-Mark seinerzeit jährlicher Finanzbedarf angesichts der seitdem sich vollziehenden Preisentwicklung zu knapp bemessen waren und auch sind, bestand und besteht die Notwendigkeit der Anpassung. Dem wurde durch vielfältige Entscheidungen, unter anderem im aktuellen Haushalt zur Finanzierung der Baumaßnahmen in der Kirche St. Peter und Paul auf dem Petersberg, seitens der Koalitionsfraktionen Rechnung getragen.

Wie bereits ausgeführt hat die Stiftung seit ihrem Bestehen mehr als 230 Millionen Euro für die in ihrem Eigentum stehenden Liegenschaften investiert. Sie wurde ihrer Aufgabe zudem durch intensive flankierende kulturelle, vermittelnde und wissenschaftliche Aktivitäten gerecht. Dennoch besteht eine erhebliche Lücke zwischen den der Stiftung zur Verfügung stehenden Investitionsmitteln und dem tatsächlichen Investitionsbedarf für die der Stiftung zugeordneten Liegenschaften für die kommenden Jahre – und ich sage: bisher und für die kommenden Jahre. Der Stiftungsrat hat deshalb einen Investitionsbedarfsplan aufstellen lassen, der Investitionserfordernisse in einem dreistelligen Millionen-volumen ermittelte. Das Sonderinvestitionsprogramm I für die mitteldeutschen Schlösser und Gärten schafft hier den Raum für spürbare Entlastungen und Sanierungsfortschritte, die sonst nicht möglich gewesen wären. Aber es löst natürlich bei Weitem nicht alle Probleme.

Wenn wir sehen, dass allein die Sanierung von Schloss Friedenstein 60 Millionen Euro kostet und die Sanierung des Stadtschlösses Weimar wohl deutlich mehr als die bisher vorhergesehenen 40 Millionen Euro kosten wird, ist klar, dass mit 200 Millionen Euro nicht alle Schlösser, Burgen und Gärten vollumfänglich saniert werden können. Wir sprechen deshalb immer bewusst vom Sonderinvestitionsprogramm I, dem ein zweites und drittes folgen soll und muss.

Der Deutsche Bundestag hat das Sonderinvestitionsprogramm I gemäß Haushaltsbeschluss an die Maßgabe geknüpft, dass die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt eine gemeinsame Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten gründen. Diese Vorgabe des Bundestags ist nicht auf Wunsch der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen entstanden,

(Staatssekretär Krückels)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die aufgrund der bestehenden Landesstiftungen schlanke Finanzierungswege aufgezeigt hatten – und zwar frühzeitig, wenn ich hinzufügen darf –, und zwar entweder die Zurverfügungstellung der Investitionsmittel des Bundes für kulturelle Investitionen an die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten und die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt oder die Bildung einer schlanken Struktur, einer schlanken Förderstiftung, die als gemeinsames Dach der beiden Länderstiftungen zur Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms I und gegebenenfalls nachfolgender Sonderinvestitionsprogramme dienen sollte. Beide Optionen wurden vom Bundesgesetzgeber in den Abstimmungsgesprächen abgelehnt. Vielmehr präferiert dieser eine auf Dauer angelegte öffentlich-rechtliche Stiftung beider Länder. Dies entspricht auch dem Beschluss des Haushaltsausschusses, der eine Einbringung von Objekten in eine neue Stiftung vorsieht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Pure CDU-Politik!)

Wir können – Herr Mohring hat es ja auch schon angesprochen; das ist tatsächlich eine Abwägungsfrage und man ist auch nicht mit allen Vorgaben, die man von außen bekommt, gleich glücklich – nun in eine längere Diskussion über das Verhältnis von Kulturhoheit der Länder einerseits und in den goldenen Zügeln des Bundes andererseits eintreten. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, hat dazu in der Debatte des Bundesrats – da ging es um den Digitalpakt – sehr klare Worte gefunden, denen sich auch der Ministerpräsident unseres Landes in einzelnen Aspekten durchaus angeschlossen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Abwägung zwischen den Sanierungserfordernissen der Schlösser und Gärten einerseits und dem Beharren auf unserer Kulturhoheit andererseits haben wir uns letztlich dem Angebot des Bundes angeschlossen. Gut 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es uns wichtig, spürbare Sanierungsfortschritte in den Kulturdenkmälern zu erreichen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angeichts der sehr detaillierten Vorgaben des Bundesgesetzgebers und seiner Repräsentanten ist es uns dennoch ein Anliegen, einen eigenen Thüringer Weg zu beschreiten. Ich werde darauf eingehen. Diese noch zu errichtende länderübergreifende und vom Bund mitgetragene Stiftung, die den Namen Kulturstiftung Mitteldeutsche Schlösser

und Gärten tragen soll, wird ein – verglichen mit der Thüringer Schlösserstiftung – weitergehendes Aufgabenspektrum wahrnehmen. Sie soll die Liegenschaften sowie die beweglichen Kunst- und Kulturgüter unter Berücksichtigung ihrer historischen und kirchenhistorischen Kunst und gartenhistorischen sowie landschaftsprägenden Bedeutung und ihrer denkmalpflegerischen Belange erhalten, bewahren, verwalten und pflegen. Das heißt, dass die Mitteldeutsche Stiftung, also die neue, anders als die Thüringer Schlösserstiftung nicht nur die ihr übertragenen Liegenschaften verwalten soll, sondern dass die Stiftung selbst Träger von Museen werden kann. Das ist gesetzlich für die Thüringer Schlösserstiftung derzeit nicht möglich, obwohl wir es als Landesregierung – und ich weiß, auch viele Parlamentarier sehen das so – für durchaus wünschenswert halten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Frage 3 – welche zeitlichen Abläufe bei der beabsichtigten Stiftungserklärung zu berücksichtigen sind und welche Akteure bei den Verhandlungen involviert sind: Die Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen erarbeiten derzeit sowohl die Finanzierungsvereinbarung als auch den Staatsvertrag für die Gründung dieser Stiftung. Hierzu finden Beratungen zwischen den Ländern und Abstimmungen mit dem Bund statt. Es wurde ein länderübergreifender Lenkungsausschuss gebildet, der die notwendigen Fragen thematisiert. Erst am Montag dieser Woche, also vorgestern, fand eine entsprechende Besprechung zum Entwurf des Staatsvertrags statt. Nach grundsätzlicher Verständigung soll dieser durch die Ressortbeteiligung, selbstverständlich erneute Abstimmung mit Sachsen-Anhalt und dann als Kabinetvorlage beschlossen werden, um anschließend wie jeder Staatsvertrag im Landtag behandelt zu werden. Die von den Ländern zu treffende Festlegung eines Staatsvertrags, der Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung der Länder mit dem Bund und die damit verbundenen legislativen Maßnahmen wie die Unterrichtung des Landtags über den Staatsvertrag oder das Zustimmungsgesetz zum Staatsvertrag, das dem Landtag zur Zustimmung vorgelegt werden wird, sollen noch in diesem Jahr vorbereitet und – soweit möglich – auch in diesem Zeitraum umgesetzt werden.

Zu Frage 5 – welche Objekte in Thüringen in die geplante Stiftung überführt werden sollen und nach welchen Kriterien deren Auswahl erfolgen soll –, zu Frage 6 – wer für die Auswahl der in die geplante Stiftung zu überführenden Objekte verantwortlich ist – und zu Frage 7 – wer künftig Eigentümer der übertragenen Objekte sein wird –, kann ich berich-

(Staatssekretär Krückels)

ten: Seitens der Behörde der Kulturstatsministerin des Bundes, Frau Prof. Grütters, wurde gegenüber Thüringen die Erwartung geäußert, dass nur diejenigen Liegenschaften in die Mitteldeutsche Stiftung eingebracht werden sollen, die als national bedeutsam zu bewerten sind. Als ein Maßstab dafür gilt das sogenannte Blaubuch aus den 1990er-Jahren, also eine Erfassung dessen, was damals als national bedeutsam gekennzeichnet wurde. Wir haben unter dieser Maßgabe folgende Liegenschaften identifiziert, die in die Mitteldeutsche Stiftung per Erbbaurecht übergehen sollen, um dort mit den zur Verfügung stehenden 200 Millionen Euro renoviert, saniert und ertüchtigt zu werden. Aus der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten sind das Schloss und Park Friedenstein Gotha, der Schlosskomplex Sondershausen einschließlich Fürstengruft, die Veste Heldburg, der Schlosskomplex Heidecksburg, das Schloss Schwarzburg sowie die Klosterkirche Paulinzella. Neben den sechs Liegenschaften der Schlösserstiftung soll das Schloss Reinhardsbrunn in die Mitteldeutsche Stiftung zum Eigentum eingebracht werden, sobald das Land Eigentümer geworden ist. Das ist natürlich vorher nicht möglich. Weiterhin sollen die kommunalen Träger folgender Liegenschaften die Möglichkeit erhalten, diese zum Eigentum oder zur unentgeltlichen Nutzung in die Mitteldeutsche Kulturstiftung einzubringen: das Ensemble Schloss Altenburg und das Ensemble Schloss Meiningen mit Park und Baumbachhaus.

Bei der Auswahl der einzubringenden Objekte hat sich Thüringen für hochrangige Kulturdenkmale entschieden, die prägend für die mitteldeutsche Kulturlandschaft sind, überregionale Bedeutung haben sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und kulturell genutzt werden bzw. genutzt werden können oder sollen. Da das Finanzvolumen begrenzt ist, können nicht alle Schlösser, Gärten und sonstigen hochrangigen Kulturdenkmale bedacht werden, nur solche, die die entsprechenden Auswahlkriterien erfüllen. Bezüglich der von der Schlösserstiftung Thüringen in die Mitteldeutsche Kulturstiftung per Erbbaurecht einzubringenden Liegenschaften bleibt die Schlösserstiftung Thüringens Eigentümerin. Das Erbbaurecht verschafft der Mitteldeutschen Kulturstiftung ein Sondervermögen und ein Sondereigentum. So ermöglicht es ihr, die Liegenschaft mit den Mitteln aus dem Sonderinvestitionsprogramm zu sanieren.

Das Schloss Reinhardsbrunn soll vom Land in die Kulturstiftung Mitteldeutschlands eingebracht werden, dabei ist die Übertragung des Eigentums oder der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags möglich. Ob und wie die kommunalen Träger ihre Liegenschaft einbringen, wird derzeit von Kommunen und dem Land zusammen geprüft.

Zu Frage 2, ob Alternativen zum favorisierten Stiftungsmodell geprüft wurden und falls ja, warum diese verworfen wurden: Verschmelzung der Thüringer Stiftung und der sachsen-anhaltinischen Kulturstiftung oder weiterhin souveräne Thüringer Schlösserstiftung.

Zu Frage 10, welche Perspektive die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten nach erfolgter Gründung einer Mitteldeutschen Kulturstiftung hat: Mit Bekanntwerden des Bundestagsbeschlusses vom November 2018 wurden verschiedene Modelle geprüft und dem Bund vorgeschlagen, darunter die Zurverfügungstellung der Investitionsmittel des Bundes für landesspezifische Investitionen oder die Bildung einer schlanken Förderstiftung, die als gemeinsames Dach der beiden Länderstiftungen zur Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms I und gegebenenfalls nachfolgender Programme dient. Beide Optionen wurden vom Bundesgesetzgeber abgelehnt. Vielmehr möchte dieser die Investitionsmittel und Betriebskosten nur an eine auf Dauer angelegte öffentlich-rechtliche Stiftung beider Länder und des Bundes nach dem Vorbild der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten gewähren. Sowohl der kommunale Beirat der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten als auch dessen Sachverständigenbeirat haben an den Stiftungsrat die Frage herangetragen, ob nicht die Thüringer Schlösserstiftung in Gänze in die Mitteldeutsche Stiftung eingebracht werden solle. Diese Überlegung ist legitim, denn auch das Land Sachsen-Anhalt bringt seine Schlösserstiftung namens Kulturstiftung Sachsen-Anhalt als gesamte Stiftung in die neue Mitteldeutsche Stiftung ein. So ist es zumindest beabsichtigt. Wir argumentieren, dass die Thüringer Schlösserstiftung und die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt trotz gemeinsamer oder ähnlicher Aufgaben erhebliche Unterschiede aufweisen, sowohl hinsichtlich der Organisationsstruktur als auch der Kompetenzen.

Die Kulturstiftung Sachsen-Anhalt ist Dach mehrerer rechtlich selbstständiger und auch unselbstständiger Stiftungen. So ist das Schloss Moritzburg Halle mit seinem Museum Teil der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt. Dies wäre so, als wenn die Stiftung Schloss Friedenstein eine Stiftung unter dem Dach der Schlösserstiftung wäre. Der Kulturminister hat für diese Art der Organisationsentwicklung durchaus Sympathie, doch dazu müsste das Errichtungsgesetz der Schlösserstiftung geändert werden. Übrigens träfe das auch für eine Fusion mit der Mitteldeutschen Stiftung zu.

In der Sitzung des Schlösserstiftungsrats Thüringen wurden die Pro- und Kontraargumente einer Verschmelzung der Thüringer Schlösserstiftung mit der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt zur Mitteldeutschen

(Staatssekretär Krückels)

Stiftung diskutiert. Im Sommer soll diese Bewertung fortgesetzt werden. Für die Verschmelzung sprechen Argumente der Schlösserentwicklung aus einer Hand. Gegen die Verschmelzung sprechen die erheblichen Größenunterschiede zwischen den Liegenschaften und die Gefahr, dass die kleineren Einrichtungen wie Wilhelmsthal und andere in der Mitteldeutschen Stiftung aus dem Blick verloren werden könnten, während die Thüringer Schlösserstiftung bei weiterhin bestehender Eigenständigkeit den Fokus auf die Entwicklung dieser kleineren Einrichtungen und genau auch solcher Juwelen wie zum Beispiel die Dornburger Schlösser legen kann. Bei der Integration der gesamten Schlösserstiftung in die neue Stiftung – sei es durch deren Auflösung oder durch die Überführung in eine rechtlich unselbstständige Stiftung – muss in der neuen Stiftung sichergestellt sein, dass die bisherigen gesetzlich formulierten Aufgaben der Schlösserstiftung auch weiterhin erfüllt werden.

Bei der Einbringung der vorgesehenen Liegenschaften von der Schlösserstiftung in die Mitteldeutsche Kulturstiftung bleibt die Schlösserstiftung rechtlich und inhaltlich unverändert. Das heißt, dass die Schlösserstiftung weiterhin im Sinne des Errichtungsgesetzes ihre Aufgaben wahrnehmen soll, kann und wird. Ich möchte auch ausdrücklich betonen, dass es sich bei den in der Schlösserstiftung verbleibenden Schlössern und Gärten ebenfalls um herausragende Liegenschaften handelt, die das historische Erbe des Freistaats repräsentieren. Dazu zählen insbesondere die schon erwähnten Dornburger Schlösser, die Runneburg, Schloss und Park Altenstein, die Bertholdsburg und Burg Ranis, das Sommerpalais und der Fürstliche Greizer Park sowie die ebenfalls schon erwähnte Klosterkirche St. Peter und Paul auf dem Petersberg Erfurt.

Die Schlösserstiftung soll als Kompetenzträgerin des Freistaats in Sachen Schlösser, Burgen, Gärten weiterentwickelt werden, Bewahrerin und Entwicklerin des kulturellen Erbes, Kompetenzzentrum für Erforschung und Vermittlung des kulturellen Erbes und zentrale Netzwerkpartnerin für touristische Leistungsträger und Organisationen sein sowie als Anlaufstelle für private und kommunale Schloss- und Burgbesitzer fungieren. Ausgangspunkt ist, dass ein Konzept entwickelt wird, um Thüringer Schlösser, Burgen sowie weitere kulturell bedeutsame Liegenschaften zu erhalten und sie einer denkmalgerechten Nutzung zuzuführen. Dafür sollen alte Bausubstanzen nicht nur im denkmalpflegerischen Sinne erhalten, sondern auch im Rahmen von Bildungs- und Kulturangeboten zugänglich gemacht werden. Dieses Konzept soll auch für solche Liegenschaften gelten, die bisher nicht im Eigentum des Landes stehen.

Die Schlösserstiftung soll als Dienstleister und zentraler Ansprechpartner für Thüringer Schlösser und Burgen fungieren. Dazu kann sie insbesondere auch Eigentümer bei der Entwicklung von Nutzungskonzepten, zur nachhaltigen Sicherung von Schloss- und Burgenanlagen beraten und bei der Vermarktung ihrer Burgen und Schlösser unterstützen, um geeignete Investoren und Besitzer zu finden, was ja nicht gerade ein leichtes Unterfangen ist, wenn ich das ergänzen darf. Dafür ist eine Erweiterung des bisherigen Stiftungszwecks und eine Ergänzung zum Liegenschaftsbestand vorzunehmen, was im Rahmen einer Novelle des Gesetzes über die Schlösserstiftung erfolgen muss.

Weiterhin ist vorgesehen, dass Betrieb, Restaurierung, baulicher Erhalt, Vermittlung und touristische Vermarktung besser als bislang zusammenwirken können. Aber ich betone noch einmal, dass die Abwägung diesbezüglich noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb ist auch die Befürchtung, die Landesregierung würde ohne Abwägung und Diskussion Fakten schaffen, grundlos.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu Frage 4, welche verbindlichen Zusagen des Bundes bezüglich des Finanzierungsrahmens vorliegen und an welche Bedingungen diese gegebenenfalls geknüpft sind, verbunden mit Frage 8, wie die Interessen und Rechte der lokalen und regionalen Träger von Museen im Bereich der überführten Objekte, insbesondere im Hinblick auf deren Eigentumsrechte am Inventar, gewahrt bleiben sollen, verbunden mit Frage 9, wie mit lokalen und regionalen Trägern von Museen in übertragenen Objekten verfahren werden soll, die sich gegen eine Überführung in die Mitteldeutsche Kulturstiftung aussprechen:

Die aufmerksamen Zuhörerinnen und Zuhörer werden festgestellt haben, dass ich in den bisherigen Ausführungen allein von den Liegenschaften und deren Sanierung gesprochen habe, denn nur für diese Aufgabe stehen die Bundesmittel des Sonderinvestitionsprogramms I für Thüringen zur Verfügung. Gleichzeitig beabsichtigen aber die Repräsentanten des Bundesgesetzgebers, mit denen wir über die Thüringer Schlösser sprechen, im Bundeshaushalt eine dauerhafte Betriebskostenfinanzierung des Bundes für Kultur und Museumsbetriebe für in die Mitteldeutsche Stiftung übertragene Liegenschaften zu verankern. Sollte der Bundesgesetzgeber, was noch nicht klar ist, tatsächlich zwischen 20 und 30 Millionen Euro Betriebskostenförderung dauerhaft für Museums- und Kulturbetriebe in den Liegenschaften bereitstellen, wäre dies ein bislang einmaliges Signal der Wertschätzung unse-

(Staatssekretär Krückels)

res kulturellen Erbes, das wir als Anerkennung für Deutschlands Kulturwiege verstehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da uns jedoch dazu bislang kein Gesetzentwurf des Bundes vorliegt, stehen alle entsprechenden Überlegungen unter entsprechendem Vorbehalt. Sollte der Bund entsprechende dauerhafte Betriebskosten vorsehen, dann wäre es auch Aufgabe der Mitteldeutschen Stiftung, die in die Stiftung eingebrachten beweglichen Kunst- und Kulturgüter aus Thüringen in ihrem Bestand zu erhalten, zu erschließen und zu erforschen, zu präsentieren und einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Dabei verbleiben die Kunst- und Kulturgüter grundsätzlich in den kommunalen Gebietskörperschaften, die sie eingebracht haben, soweit sie nicht für Ausstellungs- oder Restaurierungszwecke ausgeliehen werden. Ich sage also ganz klar: Weder erfolgt ein Verkauf und schon gar kein Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur unter der Voraussetzung der anteiligen Übernahme von Betriebskosten durch den Bund unterbreitet das Land denjenigen Kommunen, die ihre Museen in Liegenschaften betreiben, die an die Mitteldeutsche Stiftung übergehen werden, das Angebot, die Museumsbetriebe ebenfalls in die Mitteldeutsche Kulturstiftung einzubringen. Der endgültige Beschluss des Deutschen Bundestags zur Höhe der Beteiligung an diesen Betriebskosten steht noch aus, weil der gesamte Beschluss ja noch aussteht. Während wir also bei der Investitionsförderung bereits über konkrete Grundlagen sprechen können, sind alle Überlegungen zur Betriebskostenfinanzierung durch den Bund und die entsprechenden Wirkungen derzeit gesetzlich noch nicht untersetzt. Sollte der Bund sich zur Betriebskostenübernahme bereit erklären, soll den Trägern folgender Museen die Möglichkeit gegeben werden, ihren Museumsbetrieb samt beweglicher Kulturgüter in die neue Stiftung einzubringen: das Lindenau-Museum Altenburg und das Schlossmuseum Altenburg, die Museen der Stiftung im Schloss Friedenstein Gotha, das Deutsche Burgenmuseum Veste Heldburg, der Museumsverband Heidecksburg mit den Museen Heidecksburg, Schwarzburg, Paulinzella und Fröbelmuseum, das Schlossmuseum Sondershausen und die Meininger Museen. Das ist ein Angebot an die Träger. Es steht ihnen völlig frei, davon Gebrauch zu machen.

Wir sind erfreut darüber, dass – nach missverständlichen Äußerungen in der Presse – der Bürgermeis-

ter von Sondershausen Gespräche über einen möglichen Museumsübergang in Aussicht gestellt und den Kulturminister zu einem Austausch mit dem Stadtrat eingeladen hat. Die Staatskanzlei führt also unter den genannten Vorbehalten Gespräche mit den betreffenden Kommunen bereits jetzt. Aus Sicht der Staatskanzlei sind neben der finanziellen Entlastung für die Kommunen auch die qualitative Weiterentwicklung und Stärkung der Einrichtungen in Ausstattung und Personal beabsichtigt. Dies wäre für die Kommunen aus alleiniger finanzieller Kraft derzeit nicht möglich. Gleichwohl liegt die Entscheidung darüber bei jedem kommunalen Träger. Wir werden keine Vorgaben dazu machen. Ich freue mich aber, dass die Kommunen sehr offen und interessiert sind.

Eine Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Museen kann deren Ausstrahlungskraft in der Region und darüber hinaus deutlich erhöhen, was im Interesse der bisherigen Träger liegt. In den Gründungsdokumenten der neuen Stiftung wird abgesichert, dass das Museumsinventar am Ort verbleibt. Natürlich sind Ausstellungen in anderen Museen, indem man Exponate verleiht, wie bisher auch möglich. Ausgehend von den historisch gewachsenen dezentralen Strukturen im Land ist es Ziel der Thüringer Landesregierung, in der Stiftung die lokale und regionale Mitwirkung zu garantieren. Über welche Strukturen dies am besten erfolgen kann, ist Thema der gegenwärtigen Gespräche mit den Kommunen, den Museen und natürlich dem Land Sachsen-Anhalt.

Die Einbringung von Museen in die geplante Stiftung ist allein Entscheidung der jeweiligen Träger. Falls sich ein Träger dagegen aussprechen sollte, wird keine Übertragung erfolgen.

Und an die Adresse der Gewerkschaften, Personalräte und Beschäftigten in diesen Kulturbetrieben sage ich mit Blick auf eventuell erforderliche Betriebsübergänge: Wir werden alle Schritte genau daraufhin prüfen, dass niemand schlechter, sondern alle besitzstandswahrend in die neuen Einrichtungen übergehen werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf die Bitte der CDU-Fraktion, auf die aktuellen Entwicklungen bei der Stiftungsgründung

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU)

– ich habe Sie nicht verstanden, ich konnte es akustisch nicht verstehen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Die eigenen Leute glauben es nicht so richtig!)

(Staatssekretär Krückels)

Na ja, wenn viele Fragen gestellt werden sozusagen, muss man auch viele Fragen beantworten.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wir haben es ja nicht gekriegt! Zu anderen Regierungszeiten konnte man vorher mal draufschauchen!)

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Wir haben genügend Redezeit für alle.

Krückels, Staatssekretär:

Ja, das kann man ja alles bewerten.

Auf die Bitte der CDU-Fraktion, bei den aktuellen Verhandlungen zur Stiftungsgründung darauf hinzuwirken, dass der Bund die vorgesehenen Mittel direkt der bestehenden Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten zur Verfügung stellt, ein Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern an eine Stiftung mit Sitz außerhalb Thüringens verhindert wird, das Eigentum am Inventar sowie die Mitsprache der lokalen und regionalen Träger der Museen bei der Entwicklung und inhaltlichen Ausgestaltung der Ausstellungen gewahrt bleibt, eine Beteiligung des Landtags in Entscheidungen und Planungen zum zukünftigen Umgang mit den Thüringer Schlössern und Gärten garantiert wird, möchte ich Folgendes ausführen, und das jetzt auch übersichtlich:

In den vergangenen Monaten haben beide Länder versucht, den Bund von anderen Modellen für die Förderung der Schlösser und Gärten in Mitteleuropa zu überzeugen. Da der Bund aber weiterhin die Gründung einer gemeinsamen Stiftung erwartet und wir die Chance für die Entwicklung unserer Schlösser und Gärten nicht einfach ausschlagen können, arbeiten wir gemeinsam mit Sachsen-Anhalt an der Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung. Diese Stiftung soll einen Doppelsitz in Erfurt und Halle haben. Für die Stiftung muss zur Klarheit der Rechtsanwendung ein rechtlicher Sitz festgelegt werden – das soll Halle sein. Dies ist für uns unproblematisch, da die rechtlichen Regelungen in Thüringen und Sachsen-Anhalt kaum voneinander abweichen. Diese Festlegung über die Anwendung des rechtlichen Rahmens beeinflusst insbesondere die Vereinbarungen im Staatsvertrag über die neue Stiftung in keiner Weise, es kann deshalb keine Rede davon sein, dass es sich bei der neuen Stiftung um eine Stiftung außerhalb Thüringens handeln wird. Zudem werden die Einrichtungen weiterhin wie bisher vor Ort betrieben werden. Auch die Liegenschaften wird niemand aus den Orten verbringen können. Es liegt auch im Inte-

resse der neuen Stiftung und der Länder, dass diese Einrichtungen erfolgreich und mit ausstrahlender Wirkung betrieben werden. Es ist somit meines Erachtens unredlich, in der Öffentlichkeit von einem Ausverkauf Thüringer Kulturgüter zu sprechen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz werden wir selbstverständlich in den Verhandlungen dafür Sorge tragen, dass keine dauerhafte Verbringung von Museumsinventar erfolgt und dass in der Stiftung die lokale und regionale Mitwirkung ermöglicht wird. Dieses wird auch rechtlich abgesichert werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wird wie bisher der Landtag im Rahmen der legislativen Vorgaben dann beteiligt sein, wenn für Planungen und Entscheidungen Gesetzesänderungen oder der Abschluss eines Staatsvertrags notwendig sind. In diesem Sinne hoffe ich, dass diese Sonderplenarsitzung dazu beiträgt, die Fragen zu beantworten bzw. beantwortet zu haben, den Blick auf die Chancen zu richten, die sich aus diesem Vorhaben ergeben, und diese Chancen beherzt, aber auch immer mit rationaler Bewertung zu ergreifen. Es gilt in diesem Sinne das Grüne-Wahlkampf motto „Zukunft wird aus Mut gemacht“. Beherzigen Sie das, meine Damen und Herren im Landtag und besonders in der CDU-Fraktion! Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Meine Damen und Herren Abgeordneten, gestatten Sie mir folgenden Hinweis: Gemäß § 29 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung werden Beratungen zu Berichten der Landesregierung grundsätzlich in langer, also doppelter Redezeit verhandelt. Ich frage: Wer wünscht die Beratung zum Sofortbericht zu Nummer I? Die Fraktion der CDU und die Fraktion der AfD. Danke.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Wir haben uns alle gemeldet!)

Alle – gut. Auf Verlangen aller Fraktionen beraten wir den Sofortbericht zu Nummer I und gleichzeitig eröffne ich die Aussprache zu Nummer II des Antrags. Das Wort hat Abgeordneter Kellner aus der CDU-Fraktion. Bitte schön.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Tribüne! Ich begrüße auch besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung Schlösser und Gärten und auch die Museumsdirektoren.

(Beifall CDU)

Vielen Dank, dass Sie sich auf den Weg gemacht haben, hierher in unseren Landtag zu kommen. Ich denke, für Sie ist es genauso spannend wie für uns, was heute der Sofortbericht beinhaltet hat, aber da werden wir sicherlich das eine oder andere noch besprechen müssen. Was mich natürlich befremdlich stimmt, ist die Tatsache – nichts gegen Herrn Staatssekretär Krückels –, dass Sie das so hervorragend vorgetragen haben, aber ich hätte doch erwartet, dass, wenn der Minister nicht kann, entschuldigt, was ich auch nachvollziehen kann, warum der Ministerpräsident heute nicht anwesend sein kann,

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Weil der Ministerpräsident nicht die Minister vertritt! Das wissen Sie doch!)

wenn es um das Große und Ganze geht, so wie es letztendlich auch bei der Saisonöffnung am 11.05. ...

(Unruhe DIE LINKE)

Auf das Stichwort! Ich begrüße unseren Ministerpräsidenten.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Herr Kellner, ich bin hier, weil es wichtig ist!)

Ich freue mich, dass er den Weg hergefunden hat. Aber es war überraschend, dass Sie das nicht mitverfolgen konnten. Die Einbringung unseres Fraktionsvorsitzenden haben Sie leider nicht gehört, da haben Sie etwas verpasst.

(Unruhe DIE LINKE)

Aber ich sehe, Sie sind rechtzeitig gekommen und das freut mich ganz besonders und sicherlich auch alle Zuhörer, weil für mich immer noch nach wie vor offen ist, wie der Ministerpräsident über dieses ganze Thema denkt. Ich höre bisher nur den Minister Hoff, aber den Ministerpräsidenten habe ich zu diesem Thema noch nicht gehört.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Der ist ja auch dafür zuständig!)

Ich denke, es ist von so weitreichender Bedeutung, was wir heute diskutieren wollen; da erwarte ich schon im Vorfeld, wenn schon nichts Konkretes

kommt, dass der Ministerpräsident dazu eine konkrete Meinung hat.

Warum wir dieses Sonderplenum gefordert haben, hängt damit zusammen, dass letztendlich eine Intransparenz stattgefunden hat, das ganze Thema letztendlich nicht angemessen berücksichtigt und beraten wurde. Die erste Meldung kam am 08.11.2018 über den MDR, dass beabsichtigt ist, diese Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten zu gründen. Das war die erste Information, die an uns herangetragen wurde, über die Medien wohlge- merkt, also nicht von Regierungsseite,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Nicht mal von der eigenen Bundestagsfraktion!)

von der wir es letztendlich erwartet hätten.

Es folgte dann am 08.11. der Haushaltsbeschluss im Deutschen Bundestag, darüber wurde ja schon ausgeführt, dass die Bundestagsfraktionen Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro für das Land Thüringen und 100 Millionen Euro für Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellen, wenn wir das gleichzeitig auch um 100 Millionen Euro aufstocken. Dazu gibt es einen entsprechenden Haushaltsbeschluss, aber die Mittel im Haushalt sind noch nicht eingestellt. Also wir reden über einen Beschluss und eine Absichtserklärung, die Bundestagsfraktionen auf den Weg bringen wollen, wozu aber letztendlich bisher nichts Belastbares vorliegt, weil es nicht im Haushalt verankert ist.

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Vertrauen Sie Ihrer eigenen Fraktion nicht mehr?)

Wir reden also über Ankündigungen und wir stellen fest, dass allein schon das reicht, die ganze Struktur des Landes Thüringen auf den Kopf zu stellen oder infrage zu stellen.

(Beifall CDU)

Und darüber, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss man hier in diesem Hause reden. Ich finde es auch bemerkenswert, dass, nachdem das Sonderplenum hier im Hohen Haus auf der Tagesordnung stand, dann auch entsprechende Verlautbarungen kamen, auch Minister Hoff – heute aus dem Feuilleton vom „Freien Wort“ – auf einmal das Thema aufgegriffen und versucht zu erklären. Ich halte das für sehr bemerkenswert, dass man bis gestern nichts gehört hat, aber nachdem wir Sonderplenum

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das stand schon in der Zeitung! Da müssen Sie mal regelmäßig Zeitung lesen!)

– Sie können nachher gern hier vor gehen – ...

Präsidentin Diezel:

Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Redner.

Abgeordneter Kellner, CDU:

... beantragt haben, letztendlich dann auch eine Reaktion erfolgt ist.

Und ich muss noch etwas sagen: Wir haben uns ja das Sonderplenum nicht einfach als Wahlkampf ausgedacht, wie jetzt behauptet wird. Ich finde das ja interessant, es wird gleich von „Wahlkampf“ gesprochen; das macht man nur, um von den

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ohne Landtagswahl gäbe es kein Sonderplenum!)

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Genau!)

Sachthemen abzulenken.

Wir kämpfen letztendlich um das kulturelle Erbe Thüringens, dass wir das auch letztendlich hier in unserem Land bewahren können.

(Beifall CDU)

Dafür kämpfen wir, dazu bekennen wir uns auch.

Und noch etwas hat uns auf den Weg gebracht, dass wir dieses Sonderplenum beantragt haben: Das ist die Tatsache, dass am 29.05. der Stiftungsrat über das Thema diskutiert hat und ein sogenannter Vorratsbeschluss gefasst wurde, wo schon konkret drinsteht, welche Objekte in die neue Stiftung überführt werden sollen, und die Verfahrensweise. Da muss ich sagen: Es hat mich sehr befremdlich gestimmt, dass hier ein Vorratsbeschluss initiiert wird, der aber nur zur Kenntnis genommen wurde, ohne mit uns Abgeordneten darüber zu sprechen, wenn es um so weitreichende, einschneidende Maßnahmen geht, die die gesamte Kulturlandschaft unseres Landes betreffen. Ich denke, da sind wir gut beraten, das auch hier in diesem Hohen Hause zu diskutieren und nicht zuzusehen, wie Beschlüsse gefasst werden, wenn es auch Vorratsbeschlüsse sind, und wir dann vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Ich denke, das ist der falsche Weg und wir müssen damit aufhören, im Hinterzimmer Politik zu machen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Das muss gerade die CDU sagen!)

Wir sollten transparent und öffentlich die Diskussion führen, auch mit den Betroffenen. Da fragen wir die Betroffenen, was sie wissen, oder da frage ich einfach mal meine Koalitionskollegen

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellssow, DIE LINKE: Ist die CDU eigentlich in der Bundesregierung?)

– SPD, Grüne und Linke –, was sie wissen. Sie wissen letztendlich nicht mehr als wir.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Woher weißt du das?)

Ja, weil es mir mehrfach gesagt wurde, ich könnte jetzt die einzelnen Namen nennen.

Die beschwerten sich auch, dass die Informationspolitik der Landesregierung alles andere als transparent ist. Da, muss ich sagen, sind wir auf dem richtigen Weg. Ich denke, da spreche ich auch in Ihrem Namen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Rot-Grün,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, tun Sie nicht!)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mit Sicherheit nicht!)

dass wir dieses Thema hier aufgerufen haben.

Ich will noch etwas richtigstellen, weil ich vom Staatssekretär gehört habe, dass der Minister Hoff mehrfach angeboten hätte, mit uns ins Gespräch zu kommen: Er hat einmal die Informationsveranstaltung gemacht, die ja auch benannt wurde, mit Herrn Wirkner zusammen. Dort hat er uns die zwei Modelle vorgestellt. Das war am 28.02., da wurden wir darüber informiert, was es für Möglichkeiten gibt, was der Bund favorisiert und wo das Land Thüringen sich beteiligen kann. Das war die Informationsveranstaltung, bunte Bilder an einer Tafel – das war es, mehr nicht. Seitdem haben wir nichts wieder gehört. Und wenn gesagt wird „mehrfach angeboten“: Das stimmt nicht, also mir hat er es nicht angeboten, das muss ich ganz klar sagen. Aber so weit würde ich gar nicht gehen. Ich sage mal: Der Minister hat eine Bringschuld an dieser Stelle, er hat eine Bringschuld, er muss uns informieren

(Beifall CDU)

und nicht, dass wir fragen: Herr Minister, können Sie uns was erzählen?

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellssow, DIE LINKE: Der wollte doch in Ihre Fraktion kommen!)

Wir haben mehrfach Ausschusssitzungen Europa, Kultur, Medien, wo das Thema hingehört. Wir haben einen SB-Antrag gestellt, wo mir auch die Kollegin Mitteldorf gesagt hat: Ein Glück, dass ihr das gestellt habt, dann wissen wir vielleicht auch ein

(Abg. Kellner)

bisschen mehr. – Das zeigt letztendlich auch, wie die Informationspolitik untereinander läuft.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Es ist immer noch „Mitteldorf“, ohne „s“, Jörg!)

Also so verkehrt liegen wir, denke ich, nicht, wenn wir für heute ein Sonderplenum beantragt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Staatssekretär hat auch Herrn Zippel angesprochen; in Altenburg hätte der Minister dort letztendlich eine Veranstaltung durchgeführt, eine Informationsveranstaltung. Ich habe mit dem Kollegen Zippel gesprochen. Es gab keine Informationsveranstaltung, wo man entnehmen könnte, es gibt Informationen. Nein, es gab im Prinzip einen Vortrag von Herrn Minister. Der Kollege Zippel hat mir mitgeteilt, dass er anschließend genauso schlau war wie vorher, weil nichts Belastbares vorliegt.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn man etwas nicht versteht, muss man fragen!)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter Kellner, gestatten Sie eine Frage?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Am Ende.

Präsidentin Diezel:

Am Ende.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Ich will noch mal betonen: Wir haben viele Ausschusssitzungen und da erwarte ich, dass der Minister uns als Abgeordnete zu so einem weitreichenden und umfassenden Thema informiert. Ich erwarte auch, dass wir transparent damit umgehen und dass er auch andere Meinungen zulässt. Jetzt haben wir die Modelle ja gehört, sechs Immobilien/Liegenschaften sollen überführt werden. Da kann man ja durchaus sagen, wir reden von einer Zweiklassen-Gesellschaft. Ich sage mal, die Perlen von Thüringen sind dann in der neuen Stiftung und in der jetzigen Stiftung verbleibt der Rest.

Über die finanzielle Ausgestaltung der Stiftung hier in Thüringen müssen wir nicht reden.

(Unruhe DIE LINKE)

Das ist nach wie vor zu wenig. Jetzt begibt man sich auf den Weg, 100 Millionen Euro im Blick – wir brauchen diese 100 Millionen Euro, ich bin auch der Meinung, wir können die sehr gut gebrauchen.

Aber was uns nicht gefällt, ist, dass wir deswegen eine neue Stiftung gründen müssen,

(Zwischenruf Abg. Lukasch, DIE LINKE: Dann sagen Sie das doch im Bund!)

weil unsere Stiftung Schlösser und Gärten über Jahrzehnte bewiesen hat, dass sie das Geld sehr gut

(Unruhe DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

selbst verwalten und sachgerecht ausgeben kann.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Dann sagen Sie das doch Ihrer Fraktion im Bund!)

Präsidentin Diezel:

Herr Abgeordneter Harzer, Sie können gern hier sprechen! Bitte lassen Sie den Redner seine Rede halten.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Die Leistungsfähigkeit ist da, die Effizienz ist da. Sicherlich, wenn noch mal 100 oder 200 Millionen Euro draufkommen, dann muss man natürlich die personelle Ausstattung in der Stiftung neu organisieren. Aber jetzt kann man immer sagen: Wir kriegen das Geld aber nicht, denn der Bund gibt es uns sonst nicht. Dann müssen wir doch letztendlich dafür sorgen, dass wir einen Weg finden, dass wir unsere Stiftung behalten, die Stiftung so ertüchtigen, dass wir die zusätzlichen Mittel ausgeben.

(Zwischenruf Abg. Leukefeld, DIE LINKE: Dann sollen sie doch die 200 Millionen so rübberrücken!)

Das muss doch das Ziel sein, und nicht, dass wir was abgeben, in der Hoffnung, dass letztendlich hinterher Geld hier landet. Also an der Stelle, das kann ich Ihnen gleich sagen, werden wir das so nicht mittragen können.

Jetzt muss ich auch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sachsen ist nicht dabei

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Das hat Gründe!)

und Sachsen weiß auch, warum es nicht dabei ist, weil sie gesagt haben: Wir machen da nicht mit, weil wir letztendlich selbst in unserem Land entscheiden wollen, wer welches Geld für was ausgibt.

(Beifall CDU)

Ich denke, auch das sollte zu denken geben. Wir schaffen eine Doppelstruktur für 100 Millionen Euro, die in Aussicht gestellt werden, und da habe

(Abg. Kellner)

ich noch nicht über die Betriebskosten gesprochen, die ja irgendwo diskutiert werden. Es wird ja eine ganze Menge diskutiert, nur keiner hat was Handfestes. Ich habe kein belastbares Papier, wo man sagen kann, der Bund finanziert dieses, das steht im Haushaltsplan, die Sonderinvestitionspakete II und III kommen, die werden als Verpflichtungsermächtigung gemacht oder, oder, oder, auf jeden Fall was Belastbares, wo man sagen kann: Aha, hier sind größere Summen im Spiel und jetzt müssen wir uns Gedanken machen, wie wir letztendlich das Geld auch nach Thüringen bringen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Dann rufen Sie doch Herrn Rehberg an!)

Also noch mal: Es ist doch unsere Aufgabe, so wie wir es in den letzten Jahren gemacht haben, wie bei Schloss Friedenstein – 60 Millionen Euro, 40 Millionen Euro in Altenburg. Jetzt kann es ja auch weitergehen mit den anderen 100 Millionen Euro, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das entscheiden doch nicht wir!)

Ja, das weiß ich. Die Frage ist nur, welche Möglichkeit wir haben, dort Einfluss zu nehmen. Ich kenne keine Gespräche. Der Minister hat uns nicht darüber informiert, wie die Gespräche gelaufen sind. Ich weiß es nicht. Oder hat man – damit man Ruhe hat – gesagt: Okay, ihr wollt das so haben, dann müssen wir das so machen – und erledigt. Das vermisste ich doch, dass wir eine Diskussion darüber führen, welche Möglichkeiten es gibt. Das vermisste ich doch. Wir können doch letztendlich auch für die Investitionen ein Konstrukt bilden, bei dem nur die Mittel verwaltet und dann an die Länder durchgereicht werden.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir doch vorgeschlagen!)

Der Bund misstraut uns letztendlich. Aus meiner Sicht ist es völlig unverständlich, wenn der Bund das damit begründet: Wir wollen, dass die Mittel dort ankommen, wofür wir sie bereitstellen. Ich finde, das ist eine Frechheit. Bisher haben wir das immer so gehandhabt. Gotha und Altenburg sind der Beweis. Wir haben bewiesen, dass es geht: Wenn die Zweckbindung da ist, werden die Mittel auch entsprechend bei uns in Thüringen ausgegeben. Ich habe nicht gehört, dass da wirklich ernsthaft diskutiert und gekämpft wurde. Vielleicht erfahren wir es ja auch noch von Bundesseite, was da gelaufen ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass unsere Stiftung mit dem Personal gut aufgestellt ist.

Sie hat in den letzten Jahrzehnten mehrfach bewiesen, dass sie die Leistungsfähigkeit hat.

(Beifall CDU)

Wenn ich höre, Frau Grütters würde das auch mit unterstützen: Frau Grütters sieht das schon sehr kritisch, was die Betriebskosten anbelangt, die 50 Prozent. Es geht im Wesentlichen auch um die Betriebskosten. Deswegen sind auch die Vorschläge dieser Objekte genau darauf ausgerichtet, dass die Betriebskosten mit abgefasst werden. Das ist doch der eigentliche Grund neben den Investitionen. Darum geht es. Aber über Betriebskosten hält man sich völlig bedeckt. Frau Grütters hat gesagt, dass wir noch nie auf Dauer Betriebskosten übernommen haben, wo wir nicht Miteigentümer sind oder mit an der Stiftung beteiligt sind. An der Stelle ist es völlig ungewiss, was da kommt. Jetzt hat man diese sechs Perlen genommen, die von nationaler und zum Teil übernationaler Bedeutung sind, und versucht, sie auf die andere Seite zu schieben, um letztendlich diese Mittel abzurufen. Aus meiner Sicht liegt bis heute nichts Belastbares vor, worauf man aufbauen kann, wo man konkret sagen kann: Unter den Bedingungen ist es möglich oder nicht möglich.

Wenn sich der Bund beteiligen will, was ich positiv finde, muss man doch aber auch einen Weg finden, dass der Bund sich zu Liegenschaften bekennt, die wirklich nationalen Rang haben oder darüber hinaus ausstrahlen. Da sehe ich den Bund von vornherein in der Pflicht, sich daran zu beteiligen – und nicht, dass wir neue Stiftungen gründen, dass wir neue Strukturen aufbauen, dass die Wege länger werden, dass der Sitz in Halle ist und nicht in Thüringen. Das scheint auch keinen zu interessieren, warum der Sitz nicht in Thüringen sein könnte, wenn man schon über die Stiftung spricht. Allein das gibt man schon im Vorfeld auf.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Zwei Sitze!)

Ja, zwei Sitze: Nein, es gibt einen Sitz.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Du hast nicht richtig zugehört!)

Der Staatssekretär in Sachsen-Anhalt hat das gesagt. Herr Hoff hat wohl auch mitgeteilt, es ist völlig egal, wo der Sitz der Stiftung ist, weil wir sowieso unseres machen. Das glaube ich allerdings nicht. Deswegen hat mich das auch etwas überrascht, dass man auch dieses so schnell preisgibt und aufgibt.

(Abg. Kellner)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt viele Fragen, die noch offen sind. Ich kann nur an alle hier im Haus appellieren, dass man das mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit und Offenheit berät. Dazu gehört, dass wir von der Landesregierung entsprechende Informationen im Vorfeld bekommen, bevor ich letztendlich einen Vorratsbeschluss fassen lasse, in dem an uns hier vorbei Immobilien festgelegt werden. Vielleicht interessiert es Sie nicht von Rot-Rot-Grün. Uns interessiert es sehr wohl, was mit diesen Immobilien und mit unserem kulturellen Erbe passiert.

(Beifall CDU; Abg. Rietschel, fraktionslos)

An der Stelle verstehe ich die Aufregung nicht. Es ist schon ein bisschen dünn, wenn man dann von Wahlkampf spricht.

(Unruhe im Hause)

Wenn das Thema jetzt aufschlägt, dann hat das eine Ursache:

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dass es seit November letzten Jahres Thema ist!)

die Intransparenz der Landesregierung mit diesem Thema. Das ist der einzige Grund.

(Beifall CDU)

Wir hätten vor einem halben Jahr darüber diskutieren können. Wenn ich den Herrn Staatssekretär heute gehört habe, weiß er nicht viel mehr als vor einem halben Jahr. – Wir sind in Verhandlungen mit dem Bund, das ist noch nicht abgeklärt, darüber müssen wir noch sprechen. – Da muss ich schon sagen, das hätten wir schon vor einem halben Jahr diskutieren können. Vielleicht hätten wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht, alle Fraktionen.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Jetzt kommst du mit „gemeinsam“! Dass Sie das nicht selber pünktlich ...!?)

Ja, aber wenn wir nichts erfahren – Entschuldigung – oder dann erfahren, dass der Stiftungsrat einen Beschluss fasst, wo die Sachen am Parlament vorbei schon festgezurt werden, dann verstehe ich die Kollegen von Rot-Rot-Grün nicht mehr, dass sie sich das letztendlich aus der Hand nehmen lassen, da sitzen nämlich wir hier in diesem Haus. Wir müssen den Staatsvertrag, wenn einer vorgelegt werden sollte, beschließen, aber auch letztendlich das, was dann mit den Immobilien wird. Deswegen meine Bitte auch an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den anderen drei Fraktionen – Rot-Rot-Grün –, unterstützen Sie uns mit unserem Antrag. Seien Sie genauso kritisch, wie Sie mir das sonst sagen, wenn wir nicht in diesem Rund sitzen. Dann

erwarte ich auch, dass man dann auch so handelt. Deswegen würde ich mich freuen, wenn wir gemeinsam im Ausschuss dieses Thema noch mal diskutieren

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo sitzen wir denn jetzt?)

und uns dann vielleicht auch mit konkreten Vorschlägen beschäftigen, was meiner Ansicht nach im Moment nicht vorliegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, nehmen Sie es ernst, es geht um das Ganze.

(Beifall CDU)

Präsidentin Diezel:

Die Frage von Frau Abgeordneter Rothe-Beinlich.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Werter Kollege Kellner, da Sie so interessiert sind und immer so offen dafür waren, Dinge zu erfahren: Ist es richtig, dass Minister Hoff Ihnen angeboten hat, in Ihre Fraktionssitzung zu kommen, und dass Sie das nicht angenommen haben?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Nein, das stimmt nicht.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Jetzt lügen Sie aber!)

(Unruhe DIE LINKE)

Nein, das stimmt nicht. Erstens, wann soll das gewesen sein? Sagen Sie mir mal einen Grund, warum ich dieses ablehne.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Am 28. Februar 2019!)

Es ist ja schizophren zu glauben, ich lehne den Minister ab, wenn er unsere Fraktion informieren will. Da würde mich die Fraktion schon hinterfragen, was ist denn hier passiert, wieso erfahren wir nichts.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Darf ich noch mal nachfragen?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Das können Sie gern machen.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Am 28. Februar bei besagtem Gespräch, was Sie auch erwähnt haben, hat er angeboten, auch in die Fraktion zu kommen. Ist das richtig – ja oder nein?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nein!)

Abgeordneter Kellner, CDU:

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass er mir das angeboten hat. Aber ich bleibe dabei, wir haben alle vier Wochen, einmal im Monat

(Unruhe DIE LINKE)

– Entschuldigung – Europa-, Kultur- und Medienausschuss. Da gehört es hin.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Da war es auch schon drin!)

Und wenn darüber hinaus etwas gemacht werden soll, stehen wir immer offen. Es wäre ja absurd, wenn wir letztendlich die Fraktion nicht informiert hätten.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Sie sind einfach unredlich!)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Wir setzen die Beratung fort und es hat Abgeordneter Dr. Hartung von der SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, ich schließe nahtlos an Herrn Kellner an. In den zuständigen Ausschuss gehört es hin. Das ist ja ein Selbstbefassungsantrag, da wäre es am kommenden Freitag sowieso beraten worden, Sonderplenum hin oder her, es steht auf der Tagesordnung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht das erste Mal!)

Nicht das erste Mal, das stimmt.

Das Angebot der Bundesseite an die beiden mitteldeutschen Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen ist ein Angebot eines Sonderinvestitionsprogramms in Höhe von 100 Millionen Euro vom Bund, 100 Millionen Euro jeweils vom Land, das heißt, 200 Millionen Euro abfinanziert über acht Jahre. Das ist ein ordentlicher Batzen Geld. Der Bund macht so etwas üblicherweise nicht ohne Bedingungen. Der holt nicht die Gießkanne raus und das Scheckbuch

und dann kommt das Geld, sondern er stellt Bedingungen. Bedingung Nummer eins ist die Kofinanzierung, ich habe es schon gesagt. Bedingung Nummer zwei ist das Einbringen der entsprechenden Immobilien in eine Mitteldeutsche Schlösserstiftung. Ich selbst habe meinen zuständigen Abgeordneten im Bundestag dazu befragt. Der hat mir das so bestätigt, dass das die beiden Bedingungen sind.

Präsidentin Diezel:

Herr Dr. Hartung, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mohring?

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Ja.

Präsidentin Diezel:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Lieben Dank, Dr. Hartung. Ich würde gern genau zu Ihrer zweiten Bedingung nachfragen. Im Bundeshaushalt 2019, im Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sind die entsprechenden Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht und es heißt in der Zweckbestimmung: „Die Fördermaßnahme zu Nr. 4 der Erläuterungen“, dort geht es darum: „bedarf einer hälftigen Mitfinanzierung der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen“. In der zuständigen Investitionsliste steht ausdrücklich nur drin „Mitteldeutsche Schlösser und Gärten – Sonderinvestitionsprogramm“. Von einer Stiftung ist weder im Vermerk noch in der Zweckbestimmung, noch in der Ausbringung des Haushalts die Rede. Deswegen würde ich schon hier noch mal fragen: Woher nehmen Sie die Sicherheit außerhalb des Bundeshaushalts, dass die Stiftung, so wie sie jetzt vorgesehen ist, Bedingung ist für die Mittel, die im Haushalt ausgebracht sind?

Abgeordneter Dr. Hartung, SPD:

Herr Kollege Mohring, hätten Sie mir bis zum Ende zugehört, wäre das noch angesprochen worden. Die Stiftung ist unter anderem die Bedingung dafür, dass der Bund langfristig in eine institutionelle Förderung der Betriebskosten in Höhe von 30 Millionen Euro einsteigt. Das ist die Bedingung, das ist mir so ...

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das steht aber nicht im Haushalt!)

Das mag sein.

(Abg. Dr. Hartung)

(Unruhe CDU)

Ja, wahrscheinlich ist das etwas, was vielleicht in der Großen Koalition – Moment, wer regiert da noch? Ach so, das ist ja auch die CDU – vielleicht direkter geklärt werden kann. Genauso wie ich es mit meinem Abgeordneten geklärt habe, lade ich Sie ausdrücklich ein, das mit Ihrem Abgeordneten zu klären.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das steht doch nicht im Haushalt drin!)

Ja, aber schauen Sie: Von wann ist der Beschluss? Da ist schon ein bisschen Zeit ins Land gegangen. Also wir machen mal weiter. Herr Mohring, es ist genug Redezeit auch für Sie, Sie können sich gern noch mal melden.

Wir müssen nun zumindest abwägen, ob diese Investition im Thüringer Interesse liegt. Meines Erachtens sollten wir uns den Realitäten stellen. Natürlich kann man sich jetzt hinstellen und sagen: Nein, wir wollen jetzt die 100 Millionen Euro am liebsten gleich in die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten reingeben oder eine Dachstiftung zum Abfinanzieren. Ich habe mehrfach dezidiert nachgefragt: Das wird von Bundesseite abgelehnt – von den zuständigen Abgeordneten. Es wird einfach abgelehnt.

Ich muss das zur Kenntnis nehmen und habe jetzt zwei Entscheidungen zu treffen, erstens: Nehme ich das Geld an? Dann muss ich den Rahmen, der mir gesetzt wird, mit Leben ausfüllen, und zwar mit dem Leben, das für Thüringen eine vernünftige Situation herbeiführt. Ich kann natürlich diese Realitäten ausblenden, aber da muss ich im Zweifel damit rechnen, dass kein Geld kommt. Und wenn wir uns das mal unter genauer Betrachtung anschauen, dann müssen wir sehen: 200 Millionen Euro – das ist mehr als die Hälfte der 360 Millionen Euro, die man für die Sanierung der entsprechenden Schlösser und Liegenschaften in der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten als Finanzierungsbedarf ansetzt. Das heißt, wir machen einen großen Schritt nach vorn, wenn wir das annehmen. Das ist sicher eine sehr positive Entwicklung. Natürlich müssen wir weitere Fragen beantworten, das ist notwendig. Aber ich stelle erst mal fest: Diese 200-Millionen-Euro-Investition steht eindeutig auf der Habenseite.

(Beifall DIE LINKE)

Alle weiteren Punkte müssen wir klären, und es ist in Thüringen viel komplizierter als in Sachsen-Anhalt. In Sachsen-Anhalt gibt es eine Kulturstiftung, da sind die Liegenschaften drin, da ist das Inventar

drin, da sind die Einrichtungen drin, da sind die Sammlungen drin. Und die können das komplett reingeben und haben im Prinzip damit einen Großteil der Arbeit geleistet. Wir müssen etwas anderes tun: Wir können über die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten zwar die Immobilien per Erbbau-pacht hineingeben, aber über den Inhalt, über das Inventar, über die Sammlungen, über alles drum und dran müssen wir uns Gedanken machen. Da gibt es natürlich Dinge, die wir beachten müssen.

Erstens müssen wir sicherstellen, dass die derzeitigen Eigentümer genau dieses Inventars, dieser Sammlungen, dieser Einrichtungen weiterhin unbeschränkte Eigentümer bleiben und diese Sammlungen ohne die Zustimmung des Eigentümers nicht weggebracht werden und dass wir eine Sicherheit dafür haben, dass – was hier unterstellt worden ist – dieser Ausverkauf nicht stattfinden kann. Dafür müssen wir Sorge tragen, das muss entsprechend geregelt werden.

Wir müssen aber noch mehr Sorge tragen, das ist hier noch kaum angesprochen worden: Es gibt auch Mitarbeiter, die ein Interesse haben, damit sie wissen, wie es weitergeht. Wenn wir Liegenschaften, Sammlungen oder Ausstellungsbestandteile übergeben, dann müssen wir uns auch überlegen, was aus den Mitarbeitern wird. Sie haben ein Recht darauf, dass wir ihnen die Dinge, die sie sich angesammelt haben – das können tarifvertragliche Besitzstände sein, das können Sonderregelungen sein, das können auch Betriebsrentenanwartschaften sein –, nicht verloren gehen. Wir müssen an die Menschen denken. Das ist ein großer Teil der Unsicherheit, gerade in der Stiftung. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen eine Sicherheit haben, dass es danach nicht schlechter ist, als es jetzt ist.

Und wir müssen noch – das wurde schon angesprochen – einen ganz wesentlichen anderen Punkt klären, nämlich dass die Reststiftung Thüringer Schlösser und Gärten eben nicht die Resterampe wird. Wir müssen mit freiwerdenden Mitteln sicherstellen, dass wir mit einer vernünftigen Investition, mit einer vernünftigen Entwicklungsperspektive die Liegenschaften der Thüringer Schlösser und Gärten eben auch zum Erstrahlen bringen. Es ist nicht so, dass wir die Perlen rausnehmen und die Reste behalten – das ist eigentlich eine Frechheit.

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde nicht, dass die Dornburger Schlösser weniger bedeutend sind als die Veste Heldburg. Also das tut mir leid, da dreht sich in mir alles um. Ich glaube, wir haben in der Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten sehr wohl auch noch Liegenschaf-

(Abg. Dr. Hartung)

ten, die wichtig sind und die wir entsprechend entwickeln und zum Strahlen bringen können.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt, was hier zu Recht kritisiert worden ist, eine Verunsicherung. Ja, die Menschen machen sich Gedanken über die Zukunft ihrer Schlösser und Gärten, über die Zukunft der Sammlungen und so weiter. Diese Verunsicherung können wir nur dann beenden, wenn wir offen sagen, was passiert und wohin die Reise geht. Ich glaube, das wird ganz notwendigerweise geschehen, denn es gibt keinen Staatsvertrag, der jetzt hier im Geheimen von der Landesregierung abgesegnet wird, und keiner erfährt was davon. Nein, wir müssen offen damit umgehen, wir müssen Transparenz schaffen, wir müssen sagen, welche Liegenschaften gehen da rein, welche Sammlungen werden reingegeben, unter welchen Bedingungen. Und wir müssen ganz klar – ich sage das noch mal, ich habe das schon gesagt – Sorge tragen, dass diese Informationen für die Menschen erstens nachvollziehbar sind, dass sie zweitens verlässlich sind und dass sie drittens vertraglich geregelt werden. Das ist unumgänglich.

(Beifall CDU)

Als Letztes möchte ich noch mal ganz kurz einen Exkurs zur Bewertung dieser Stiftung bzw. dieser Gelder vornehmen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schipanski sagt sinngemäß, wir sollten uns unbesehen diese Mittel zu eigen machen und in tiefer Ehrfurcht entgegennehmen. Hier wird verschiedentlich von einem Ausverkauf Thüringens geredet. Ich würde mal vorschlagen, dass die CDU das in ihren Abgeordnetenreihen bzw. in ihren Mitgliedsreihen erst einmal klärt und ein Sonderplenum bitte nicht zum Wahlkampfauftakt benutzt. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Herr Abgeordneter. Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, dass zu den identitätsstiftenden Kulturgütern Deutschlands auch Thüringens Kirchen und Schlösser zählen, ist natürlich eine Binsenweisheit. Wir freuen uns natürlich auch, wenn nun im Rahmen dieses Sonderinvestitionsprogramms zu den bereits investierten 100 Millionen Euro weitere Gelder lockergemacht werden, insofern möchte ich natürlich auch erst mal der

Landesstiftung Dank aussprechen, die ihre Arbeit bisher sehr gut gemacht hat.

(Beifall AfD)

Ich will jetzt nicht noch mal alle Argumente, auch wenn sie hier bei mir auf dem Zettel stehen, Revue passieren lassen, das macht, glaube ich, relativ wenig Sinn. Ich will nur mal auf den tragenden Punkt eingehen, ob man hier eine weitere Stiftung gründen muss oder nicht: Natürlich haben wir damit auch erst mal grundsätzlich von der Konzeption her ein Problem, weil man Doppelstrukturen aufbaut mit entsprechender Bürokratie und Abgrenzungsschwierigkeiten. Das ist natürlich aus Thüringer Sicht nicht der goldene Schnitt.

Aber man muss auch mal ganz klar eines sagen: Wenn jemand mit 100 Millionen Euro für Thüringen winkt, dann hat der eine unglaublich harte Position und diese harte Position nutzt der natürlich – in dem Fall der Bund –, um uns entsprechende Bedingungen zu diktieren, wie wir an dieses Geld kommen, um es bei uns zu investieren. Wenn man also meint – und das kann man durchaus mit guter Berechtigung –, dass so eine Doppelstruktur nicht sinnvoll ist, dass es da auch andere gute Alternativen gibt, dann sollte man das in die Gremien einspeisen oder zurückspiegeln, wo man das entsprechend auch sinnvoll diskutieren kann. Das Sonderplenum im Thüringer Landtag ist definitiv das falsche Gremium, das muss ich mal ganz klar sagen.

(Beifall AfD)

Unabhängig davon, ob jetzt beispielsweise im Bundeshaushalt die Bedingung für eine entsprechende Förderung aufgestellt worden ist, dass man so eine Stiftung macht oder nicht, diese Bedingung kommt vom Bund.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Im Haushalt steht es nicht drin!)

Und im Bund, meine Damen und Herren insbesondere von der CDU, sind Sie an der Regierung beteiligt. Deswegen, meine Damen und Herren, wäre es eigentlich die absolut logischste Konsequenz, uns hier nicht mit einem Sonderplenum zu plagen, sondern im Bund nachzufragen, was denn da eigentlich schiefgelaufen ist,

(Beifall AfD)

wenn Sie da anderer Meinung sind. Aber Sie tun so, als ob die Bundespartei der CDU eine andere Partei als die Landespartei ist. Das ist einfach unredlich.

(Beifall AfD)

(Abg. Möller)

Insofern ist die Einschätzung, die von den anderen Kollegen gekommen ist, dass es sich hierbei um ein billiges, ungeeignetes Wahlkampfgetöse handelt, durchaus berechtigt. Wenn es Ihnen wirklich ernst ist mit dem Thema, und das ist grundsätzlich natürlich angeraten, dann, Herr Kellner – Sie haben es im Grunde genommen schon gesagt, wo es richtig hingehört, Sie haben sich bloß ein bisschen versprochen – es gehört –, in den Kulturausschuss. Da ist es auch schon Thema gewesen. Wir kennen doch das Prozedere. Es gibt nun mal Sachverhalte, die sich weiterentwickeln. Das hier ist so ein typischer Sachverhalt. Da stehen eben noch nicht alle Aspekte fest. Was macht man dann in einem Ausschuss? Na ja, man schließt den Punkt eben nicht ab, sondern ruft ihn zu gegebener Zeit wieder auf, bis er dann endlich abschließend behandelt werden kann.

(Beifall AfD)

Aber hier eine große Volksveranstaltung daraus zu machen, das ist, nehmen Sie es mir nicht übel, ich weiß gar nicht, wie ich es nennen soll,

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Die AfD hat noch nie zugehört!)

vielleicht ist es Kulturpopulismus. Ist es Kulturpopulismus? Na, Sie können sich das ja überlegen.

(Unruhe CDU)

Jedenfalls ist es hier fehl am Platz. Wir können Ihren Antrag nicht unterstützen, tut uns leid.

(Beifall AfD)

(Unruhe CDU)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Das Wort hat Abgeordnete Mitteldorf von der Fraktion Die Linke.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Frau Dr. Fischer, stellvertretend für alle Interessierten aus und um die Thüringer Schlösserstiftung, wir reden heute – und das betone ich noch mal – im Übrigen nicht zum ersten Mal über ein Sonderinvestitionsprogramm, was – und so stelle ich mir das in meinem Kopf vor, denn es kam für uns alle etwas überraschend – sich zwei Haushaltspolitiker aus dem Bundestag ausgedacht haben, die vermutlich, ohne dass ich es beweisen kann, nach dem Herbsturlaub, weil sie vielleicht durch Mitteldeutschland gereist sind und Dinge gesehen haben, sich überlegt haben: Da stehen so viele Schlösser und Burgen rum, die verfallen, lasst uns doch mal Kulturpolitik

machen. So oder so ähnlich kam für mich der Anfang dieser ganzen Geschichte ins Rollen, als das erste Mal in der Presse darüber berichtet wurde, dass die Herren Kahrs und Rehberg also darüber nachdenken, dass sie den mitteldeutschen Ländern dieses Angebot unterbreiten wollen.

Weil Sachsen auch von der CDU-Fraktion immer als Beispiel angebracht wurde, will ich mal eins sagen: In den Vorgesprächen dazu hat der Freistaat Sachsen, sprich die Regierungsebene, mitgeteilt, dass sie nicht vorhaben mitzumachen. Sie haben aber leider irgendwie vergessen, ihre eigene Schlösserstiftung darüber zu informieren. Das gehört eben auch zur Wahrheit. Die Schlösserstiftung Sachsen, die aus mir unerfindlichen Gründen übrigens nicht am Kulturministerium angesiedelt ist, sondern irgendwo bei Wirtschaft rundumpelt – das sagt übrigens auch viel aus –, hat sich nämlich an die Bundestagsfraktion der Linken gewandt mit der Frage, warum die Schlösserstiftung Sachsen überhaupt nicht in den Prozess einbezogen worden ist und – als könnte das unsere Bundestagsfraktion beantworten, was in den Köpfen passiert ist – warum das so ist, wie es ist. Also man kann jetzt nicht so tun, als hätte der Freistaat Sachsen irgendwelche guten Gründe gehabt, vielleicht politischer Natur, das mag alles sein. Aber inhaltlicher Natur haben sie sich offensichtlich nicht die Zeit genommen, darüber nachzudenken, für ihre Schlösser und Burgen einzustehen. Das gehört eben zur Wahrheit dazu.

Am 18. Dezember hat sich der Koalitionsarbeitskreis Europa, Kultur, Medien mit Frau Dr. Fischer getroffen, extra in Sondershausen, weil das Schloss Sondershausen auch aus unserer Sicht ein gutes Beispiel dafür ist, warum es sich lohnt und warum es dringend notwendig ist, den Sanierungstau anzupacken. Am Rande unseres Besuchs konnten wir uns ansehen, in welchem baulichen Zustand Schloss Sondershausen ist, und wir haben natürlich auch darüber geredet, was es durch diesen baulichen Zustand für Schwierigkeiten für das Schlossmuseum gibt. Und darüber hinaus – das kann ich als Nordhäuserin natürlich auch immer dazu sagen – gibt es die Frage, wie die Thüringer Schlossfestspiele weiter durchgeführt werden können. Im Schlossensemble befindet sich auch das Tanzstudio Radeva, was sich auch in Nordhausen befindet, darin ist auch noch eine Musikschule usw., usw. Das heißt, das ist ein gutes Beispiel für ein Schloss, das eine überregionale Ausstrahlung und vor allem – und das ist, glaube ich, in dem ganzen Prozess eben auch ein sehr wichtiger Punkt – eine überregionale Nutzung hat, die es einfach wichtig macht, darüber nachzudenken, wie wir die-

(Abg. Mitteldorf)

se Nutzung aufrechterhalten und wie wir die Regionen auch mit diesen Perlen stärken können.

In dem Gespräch mit Frau Dr. Fischer ging es auch um die Frage, wie wir das jetzt mit dem Sonderinvestitionsprogramm finden, denn da stand das ja zum ersten Mal im Raum mit der Frage, dass der Bund von uns fordert, dass wir dafür Stiftungen oder eine Stiftung gründen müssen. Und da war – und die Aussage haben wir, glaube ich, alle geteilt – Frau Dr. Fischer sehr wichtig zu sagen, ihr geht es natürlich darum, dass es keine Schwächung der Thüringer Schlösserstiftung gibt, egal was für ein Konstrukt am Ende gefunden wird. Diese Auffassung teile ich – und ich glaube, auch für die Koalition sprechen zu können –, teilen wir nach wie vor.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass die Thüringer Schlösserstiftung eine wichtige Aufgabe hat und auch eine sehr gute Arbeit geleistet hat, merkt und sieht man, wenn man sich ansieht, was in den letzten 25 Jahren erreicht wurde. Deswegen haben wir uns auch als Koalitionsfraktionen im Gespräch mit Frau Dr. Fischer kurz nach ihrem Amtsantritt darum bemüht, die landeseigenen Mittel auch für die Sanierungstitel der Stiftung Schlösser und Gärten aufzustocken. Ich will nur mal sagen: Wir haben 2018 7 Millionen Euro nur für die Sanierung – also in Sanierungsobjekte, da geht es noch nicht um den Stiftungshaushalt an sich –, für 2019 8 Millionen Euro und für 2020 9 Millionen Euro drin. Das ist natürlich nicht ausreichend. Und für die 31 Liegenschaften sind 9 Millionen Euro natürlich ein Klacks, aber – und das gehört eben auch dazu – wir haben gesagt, wir würden gern vorgehen in dem Fall, dass wir sagen, die Stiftung Schlösser und Gärten möge doch wirklich jetzt auch nach dem Amtsantritt von Frau Dr. Fischer für sich selbst die Prioritätenliste erstellen – ich weiß, dass das ein Haufen Arbeit ist und dass es auch Zeit in Anspruch nimmt, gerade wenn man die Aufgabe neu übernimmt –, um konkreter sagen zu können, welche Baumaßnahmen sind aufgrund welcher Zustände prioritär, was kostet das und wie können wir das abschichten. An dieser Zusage halten wir weiterhin fest, zu sagen, wir wollen natürlich die Schlösserstiftung insgesamt stärken und wollen auch ermöglichen, dass dringende Sanierungsarbeiten gemacht werden müssen, und sind da auch weiterhin gern bereit, im Gespräch mit Frau Dr. Fischer und der Stiftung zu bleiben, wenn es dann um einzelne prioritäre Objekte geht. Das vielleicht nur mal so nebenbei, weil jetzt immer schon so getan wird, als würden wir oder vielmehr die Landesregierung die Schlösserstiftung zum Ausverkauf bereitstellen.

Überhaupt, das will ich vielleicht auch noch ganz am Anfang sagen, finde ich das einen sehr spannenden Aspekt, dass gerade die CDU-Fraktion von Ausverkauf von Kultur in Bezug auf Schlösser spricht, denn man möge sich bitte mal daran erinnern, was unter CDU-Regierung in den 90er- und auch Anfang der 2000er-Jahre noch alles passiert ist. Da wurden nämlich Schlösser und Burgen verkauft an Privatinvestoren, an Hedgefonds usw., wurden zu Spekulationsobjekten degradiert.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Hört, hört!)

Die Folgen davon haben wir bis heute. Das prominenteste Beispiel – und da bin ich sowohl Christine Lieberknecht als damaliger Ministerpräsidentin sehr dankbar als auch Bodo Ramelow als jetzigem Ministerpräsidenten – ist stellvertretend dafür, das Schloss Reinhardsbrunn vor dem Verfall zu retten und sich der Verantwortung zu stellen

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zu sagen, der Ausverkauf von Thüringer Kulturdenkmälern, der unter CDU-Regierung stattgefunden hat, das war im Zweifel auch ein Fehler – und das nehme ich Christine Lieberknecht absolut ab –, und zu sagen, wir müssen uns unserer Verantwortung stellen. Demzufolge ist Schloss Reinhardsbrunn auch zur Chefsache gemacht worden und weiterhin Chefsache geblieben. Und wir sind an dem Punkt, wo wir jetzt sind.

Jetzt kommen wir aber zu der Frage der Mitteldeutschen Schlösserstiftung. Das war noch zu Zeiten, da waren Jörg Kellner und ich uns noch sehr einig. Denn dass er hier vorn steht und so tut, als wäre er in keiner Form informiert gewesen, das finde ich schon schwierig, zumal ich auch gleich noch ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern kann, wann wir uns wie oft und zu welchem Thema unterhalten haben. So viel zur Frage, wer denn alles nicht informiert worden ist.

Der Kollege Kellner und ich hatten am Anfang, als die Diskussion um die Mitteldeutsche Schlösserstiftung aufkam, dieselbe Auffassung, nämlich die Frage, warum das überhaupt mit einem Stiftungskonstrukt passieren muss. Wäre es nicht viel sinnvoller, wenn es überhaupt zu einem Stiftungsoberkonstrukt kommt, dass es eine sehr schlanke Dachstiftung ist, wo quasi der Bund mit drinsitzt und natürlich irgendwie sehen kann, wo das Geld hinfließt und verbaut wird, und dass man eben in so einer ganz schlanken Stiftung, wo es nur rein um die Verteilung der Mittel geht, eben auch Sorge dafür tragen kann, dass, wie es eigentlich vorgesehen ist, nämlich Sachsen-Anhalt und Thüringen nicht in ein

(Abg. Mitteldorf)

Ungleichgewicht von Fördermaßnahmen geraten. Das wäre, glaube ich, unser beider Ansatz gewesen. Ich glaube, dass es auch weitere Kollegen aus dem Hohen Hause gibt und gegeben hätte, die das ebenso sehen. Aber – und das ist eben der Punkt – der Bund hat sehr eindeutig gesagt, dass er eine Gründung der Mitteldeutschen Schlösserstiftung als Bedingung fordert. Flankiert wurde das im Übrigen – und das darf man auch nicht vergessen – von einem Bundestagsabgeordneten der CDU-Fraktion mit Namen Tankred Schipanski, der auf die Frage, warum muss denn das hier so eine Stiftung werden, getwittert hat: Natürlich wollen wir mitreden und bestimmen, was passiert, weil sonst verschleudert die Ramelow-Regierung das Geld. Das gehört zu der Wahrheit dazu, dass von vornherein auch aus CDU-Kreisen im Bundestag ziemlich enge Zügel angelegt worden sind.

Im Übrigen darf man nicht vergessen: Für Sachsen-Anhalt muss das noch viel schlimmer sein, denn dort ist – zumindest noch, soweit ich mich erinnere, man hört, es gibt große Krisen – der Ministerpräsident von der CDU. Man muss schon mal sagen, wenn man sich hierhin stellt als CDU-Fraktion und quasi auf die Landesregierung zeigt und meint, hier passiert Ausverkauf, weil es uns irgendwie – Zitat Mike Mohring – sozusagen nicht so wichtig ist, hier kulturelles Erbe zu haben und das aufrechtzuerhalten, denn das kann natürlich nur die selbsterklärte Thüringerpartei, finde ich das infam.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 27. Februar kam es am Rande des Plenums – das ist auch schon gesagt worden – zu einer Unterredung und einer Information des Kulturministers sowohl für die Koalitionsfraktionen als auch für die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wir alle sind sozusagen mit denselben Voraussetzungen gestartet: Der Kulturminister hat den Werdegang dargelegt und hat auch dargelegt, dass es in dem Moment der Diskussion, als wir am 27. Februar darüber informiert worden sind, zwei Stiftungsmodelle gibt, die derzeit mit dem Bund verhandelt werden. Es wurde auch schon gesagt: Das eine ist das Modell „Quasistiftung Preußischer Kulturbesitz“ und das andere ist das Modell „Wir fusionieren einfach irgendwie alle unsere Stiftungen und machen eine komplett neue“.

Wir sind im Übrigen beide – sowohl die CDU-Fraktion als auch die Koalitionsfraktionen – vom Kulturminister gebeten worden, ein Votum abzugeben, in welche Richtung wir inhaltlich diese Neugründung der Stiftung diskutieren wollen. Auch da – nicht wirklich zu meiner Überraschung, weil wir waren dazu in sehr engem Kontakt – gab es ganz ur-

sprünglich dieselbe Auffassung von Jörg Kellner und mir, nämlich zu sagen: Eine Fusion der Stiftung, sprich also eine Auflösung und dann Überführung unserer landeseigenen Stiftung in eine Mitteldeutsche Schlösserstiftung, halten wir für gefährlich, aus dem Grund, weil wir zwar von einem Sonderinvestitionsprogramm I reden, aber null und gar keine Garantie haben, dass sich der Bund irgendwie entscheidet, Sonderinvestitionsprogramme II bis XXV zu machen. Also war zu dem Zeitpunkt unser Stand, dass wir die Gefahr nicht haben wollen, dass wir unsere Stiftung auflösen, sozusagen alles in die Mitteldeutsche Stiftung packen und nach acht Jahren, wenn das Sonderprogramm endet, der Bund dann sagt: Freunde, es war schön mit euch, aber das war es jetzt. Dann würden wir vor dem Problem stehen, dass wir sozusagen unsere landeseigene Stiftungsstruktur gekillt haben und das irgendwie wieder mühevoll aufbauen müssen. Wir würden uns damit Jahre rauben, die wir zur Sanierung von Kulturdenkmalen benutzen können.

Irgendwas ist dann zwischen dem 27. Februar und dem 22. März passiert, denn am 22. März trafen Jörg Kellner und ich uns noch mal zur weiteren Beratung der Situation und haben mehrere Stunden miteinander gesprochen. Da kam der Kollege Kellner auf mich zu und hat gesagt: Du, ich glaube, wir sollten das doch mit der Fusion machen oder sollten nicht das mit der Fusion machen, sondern sollten sozusagen doch eher für die Fusionsvariante plädieren. Da war ich sehr überrascht. Ich war wirklich auch sehr überrascht davon, dass zu dem Zeitpunkt der Kollege Kellner ganz vehement und sehr überzeugt davon war, dass es auf jeden Fall Sonderinvestitionsprogramme II bis XXV geben wird, und er hätte auch mit dem zuständigen Ministerium in Sachsen-Anhalt gesprochen und das wäre alles geklärt und überhaupt.

Dann habe ich ihm noch mal gesagt: Ich halte davon nichts, denn ich glaube das nicht, solange ich es nicht schwarz auf weiß habe. Heute – und das finde ich sehr spannend – stellt sich derselbe Kollege hin und sagt, er glaubt das alles nicht, denn es steht nicht schwarz auf weiß. Da frage ich mich jetzt: Hatte ich guten Einfluss oder was ist hier passiert? Man muss sich genau anschauen, wie die Argumentationsstrukturen laufen. Dann muss die Frage im Übrigen erlaubt sein, Wahlkampf hin oder her. Das habe ich auch versucht dir zu spiegeln, lieber Jörg Kellner. Ich bin wirklich erbost darüber, dass die CDU-Fraktion ein Sonderplenum zu dieser Frage einrichtet und das mit den Worten „Kulturausverkauf“ bzw. „Kulturenteignung“ flankiert und sozusagen mit dem Finger auf die Landesregierung zeigt und ihr unterstellt, alles zu tun, nur nicht im Sinne der Kultur zu handeln. Die immerwährende

(Abg. Mitteldorf)

Ansage aus der Staatskanzlei zu dem Thema sei, dass alles, was sie im Ausschuss berichtet, der derzeitige Verhandlungsstand ist und dass sich der Verhandlungsstand zum Teil täglich oder wöchentlich ändert, je mehr Menschen mitzureden haben. Ich finde es übrigens richtig, dass der Kulturminister zuerst mit dem Stiftungsrat der Schlösserstiftung einen Beschluss fasst, bevor er in die Öffentlichkeit geht, es geht schließlich um Objekte der Liegenschaften der Schlösserstiftung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es völlig korrekt, den Weg so einzugehen, um zu sagen: Ihr seid als Abgeordnete sowohl im Ausschuss als auch in Einzelgesprächen immer auf dem Stand der Verhandlungen gewesen, so unsicher der Stand gerade war. Es ist wichtig, dass die Thüringer Schlösserstiftung eingebunden ist und natürlich auch ihre Vorbehalte, ihre Wünsche und auch die Probleme aufzeigen kann, um gemeinsam Dinge zu erörtern.

Jetzt wurde vorhin gesagt: Das ist kein Wahlkampf und wir machen das alles nicht, aber aufgrund der Beschlusslage der Schlösserstiftung. Der Stiftungsrat hat am 25.05. getagt. Die Einreichung dieser Sonderplenarsitzung fand im Übrigen am 23.05. statt. Man muss sich in seiner Argumentation auch einmal ein bisschen überlegen, was hier erzählt wird, um nicht dem Verdacht zu unterliegen, dass man vielleicht eben doch hier nur Wahlkampf machen möchte.

Jetzt schauen wir uns im Kern noch einmal an, worum es eigentlich geht. Das ist die Kernfrage. Ich bin wirklich enttäuscht darüber, dass die Frage, die für mich aufkam, die ich auch in der Pressemitteilung zu der Sondersitzung formuliert habe, im Kern eigentlich bei der Einbringung durch Mike Mohring schon beantwortet wurde. Er hat gesagt: Wir wollen diese 200 Millionen Euro nicht.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: Das hat er gesagt!)

Das ist eine Aussage, die man sich aber auch erst einmal anhören muss. Das heißt, auf der einen Seite geht es darum: Wir wollen unser kulturelles Erbe erhalten, wir wollen alles dafür tun, dass unsere Denkmäler, Schlösser und Burgen erhalten bleiben. Gleichzeitig stellt sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion hin und sagt: Und wir wollen diese 200 Millionen Euro nicht.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Fallen lassen will er es!)

Entschuldigung, aber das ist wirklich unverantwortlich.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kann Herr Geibert dreimal „Fake News“ brüllen, aber es ist Fakt. Ich bin nicht die Einzige, die das gehört hat.

(Unruhe CDU)

Jörg Kellner hat in seiner Rede vorhin gesagt: Wir wollen die 200 Millionen Euro so nicht. Ja, schön! Fakt ist aber auch: Wir kriegen die 200 Millionen Euro nicht anders. Das heißt, es geht um die Kernfrage: Will man die Verantwortung als Freistaat Thüringen übernehmen, dass man sagt, man möchte 200 Millionen Euro in acht Jahren verbauen und damit einen Investitionsstau, der über 340 Millionen Euro betrifft, beträchtlich verringern, oder will man das nicht? Dann kann man sich bloß nicht hinterher hinstellen und sagen: Die haben hier alle nichts gemacht, denn die Schlösser verfallen hier weiterhin. Man muss sich schon in seiner Argumentation und in seiner Logik ein bisschen treu bleiben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich noch etwas zu Sachsen-Anhalt sagen. Ich finde ganz persönlich als Kulturpolitikerin, wenn Sachsen-Anhalt sagt, es gibt die komplette Kulturstiftung mit vier Unterstiftungen – davon zwei unselbstständige und zwei selbstständige Stiftungen – in ein Stiftungskonstrukt, von dem wir jetzt erst einmal nur ausgehen dürfen, dass das vielleicht acht Jahre andauert, finde ich das – gelinde gesagt – fahrlässig. Das ist die Entscheidung Sachsen-Anhalts. Deswegen habe ich auch immer gesagt, ich möchte nicht, dass die Schlösserstiftung aufgelöst wird und in eine Mitteldeutsche Stiftung überführt wird, weil wir nicht wissen, was nach den acht Jahren ist. Denn diese Verantwortung finde ich zu groß, die wir für unsere Schlösserstiftung haben, als dass wir für den Punkt unsere Schlösserstiftung auflösen. Es mag sein, dass das Kolleginnen und Kollegen und vielleicht auch Frau Dr. Fischer im Kern anders bewerten. Das ist auch legitim. Ich sage aber, wenn ich die Verantwortung habe und das auch haushalterisch untersetze, was wir im Landeshaushaltsentwurf 2020 durch die Kofinanzierung tun, die Verpflichtungsermächtigung dafür, dann ist es mir in der Verantwortung wichtig, dass wir eine funktionierende Schlösserstiftung haben, die, wie bereits gesagt wurde, auch mit der Herauslösung von den benannten sechs Liegenschaften sehr wohl sehr wertvolle und unbedingt schützenswerte und zu erhaltende Kulturdenkmäler in ihrer Stiftung hat, für die dann natürlich auch hoffentlich mehr Geld zur Verfügung steht, um diese zu sanieren und sie zu präsentieren und im Sinne des Kulturlan-

(Abg. Mitteldorf)

des Thüringen und im Sinne der touristischen Ausstrahlung des Landes Thüringen zu benutzen.

Jeder, der mich ein bisschen kennt – und ich habe auch nicht hinterm Berg gehalten und habe das auch getwittert und Michael Helbing für den Artikel erzählt usw. –, ich bin wirklich sauer über die Art und Weise, wie der Bund hier agiert. Das ist Fakt!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem bin ich darüber sauer, dass der Bund nicht mit einer Sprache spricht, denn es gibt die besagten zwei Haushaltspolitiker, denen ich gern wirklich Gutes unterstellen möchte. Aber entschuldigt bitte, liebe Haushaltspolitiker, oftmals heißt das für Kulturpolitiker in dem Fall, wenn Haushaltspolitiker Kulturpolitik machen, Kürzung. Deswegen sehen Sie es mir nach, dass ich da ein bisschen schwierig unterwegs bin, wenn ich höre, dass Haushaltspolitiker Kulturpolitik betreiben. In dem Fall geht es um mehr Geld, aber es geht eben auch darum – und ich finde sie natürlich golden, aber es sind sehr strenge Züge, das finde ich nicht in Ordnung –, dass gleichzeitig – und das ist auch schon angesprochen worden – die Kulturstatsministerin Grütters das alles gar nicht so knorke findet. Dass der Freistaat Thüringen – in persona Kulturminister Hoff – quasi auch immer noch ein bisschen Mediator spielen muss, wenn ich mir das vorstelle, dass der Gesetzgeber als Parlament eine andere Auffassung vertritt als die Regierungsebene und dass man es dann im Sinne Thüringens wenigstens für die Kulturhoheit tatsächlich hinbekommt, zu sagen: „Freunde, wir geben nicht unsere Stiftung her, denn wir wollen darüber mitbestimmen, welche Objekte saniert werden müssen“, dass er das geschafft hat, dafür könnte man ihn im Übrigen auch mal loben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In so einer Verhandlung mit solchen unklaren Aussagen auf Bundesseite und im Übrigen auch immer mal wieder unklaren Aussagen aus Richtung Sachsen-Anhalt könnte man mal sagen: Von dem, wo es mal angefangen wurde, bis dahin, wo wir jetzt sind, ist es im Übrigen ein Riesenquantensprung. Das heißt also, da wieder mal zu unterstellen, den Kulturminister interessiert das alles nicht und das sind irgendwelche Gebäude, die keiner braucht – dem ist nicht so. Man muss auch mal aufhören, das immer nach außen zu erzählen.

Noch etwas zu Sachsen-Anhalt, denn es ist mein Geburtsland: In Sachsen-Anhalt gibt es darüber übrigens gar keine Debatte. Ich wollte es nur mal sagen. In Sachsen-Anhalt gibt es darüber gar keine Debatte. Es ist weder im Ausschuss besprochen

worden, noch ist es in irgendeinem Plenum besprochen worden. Es gibt keinerlei Informationen. Es gab im Übrigen auch eine Verabredung zwischen Herrn Robra und Minister Hoff zu sagen: Wir informieren natürlich auch unsere jeweiligen Fraktionen in dem jeweils anderen Bundesland, um quasi auch die Informationsquelle zu halten. Und es gab eine Vereinbarung – und die gab es unter anderem auch ganz persönlich zwischen Jörg Kellner und mir –, dass es uns zu wichtig ist, was mit unseren Kulturdenkmälern passiert, und dass wir wollen, dass diese saniert werden, und dass wir mit diesem Thema keinen Wahlkampf machen wollen. Diese Vereinbarung hat Jörg Kellner, sagen wir mal, in den Wind geschossen. Ich hätte jetzt noch andere Formulierungen finden können, aber die wären diesem Hohen Haus nicht angemessen. Das finde ich sehr schade und das finde ich auch persönlich eine Enttäuschung.

Ich kann nur sagen, ich hoffe, dass wir uns im Kern zusammenfinden, um zu sagen, wir wollen im Sinne unserer Thüringer Kulturlandschaft diese 200 Millionen Euro natürlich verbauen. Und wir wollen auch, dass es im Bund im Zweifelsfall weitergeht. Ich kann das im Moment nicht glauben. Wenn ich es noch richtig weiß, hat der Kollege Kellner versucht – wofür ich ihm auch sehr dankbar bin –, in der CDU-Fraktion im Bundestag Antworten auf bestimmte Fragen zu bekommen. Er hat sie meines Erachtens nicht bekommen – so viel also zum Thema „Kommunikation“. Deswegen wäre uns allen daran gelegen, wenn auch die CDU-Fraktion auf Bundesebene den Einfluss geltend machen könnte, den – glaube ich – durchaus einige Kollegen in der Fraktion haben, um das zu einem guten Ende zu bringen, sodass wir sagen, wir reden tatsächlich über eine kontinuierliche Förderung über Jahre, die wir vorweg planen können – und das gemeinsam mit der CDU-Fraktion und logischerweise auch im Sinne unserer Schlösserstiftung. Bei allem Ärger und bei aller Wut darüber, dass der Bund nie bereit ist, über eine Gemeinschaftsaufgabe „Kultur“ zu reden – was dringend notwendig wäre –, aber sagt, wir geben euch Geld, aber wir bestimmen die Bedingungen, hier noch einmal mein Appell: Ich wünsche mir, dass aus diesem Haus ein klares Signal kommt, dass wir im Sinne unserer Thüringer Kulturlandschaft die 200 Millionen Euro nicht in den Wind schießen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Danke schön, Frau Abgeordnete. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Abgeordnete Henfling. Bitte schön.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Fischer, auch stellvertretend herzlich willkommen in diesem Plenum für alle anderen, die ich hier sehe, die für das Thema da sind! Es ist schon viel gesagt worden, nur noch nicht von jedem. Ich will aber trotzdem noch mal drei Sätze klarstellen, weil der Vorsitzende der CDU-Fraktion hier auch Fragen aufgeworfen hat, was die Ausrichtung des Bundes angeht und dass darin Sachen nicht stehen würden. Es hat uns einiges an Recherche gekostet, aber man findet es doch, wenn man möchte, da ist unser Kulturminister deutlich transparenter unterwegs. Auf der Bundesebene findet man Sachen dann nur, indem man intensiv danach sucht – das auch schon einmal vorweg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen, die hier infrage gestellt haben, ob die Art und Weise, wie das hier diskutiert wird – mit einem Sonderplenum –, dem Thema und dem Anliegen angemessen ist. Ich halte es tatsächlich auch für nicht angemessen, wie das Thema hier eingeführt wurde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es auch nicht für angemessen, hier von einem „Ausverkauf Thüringer Kulturgüter“ zu sprechen. Bei aller Liebe muss ich auch sagen: Natürlich ist das Wahlkampfgetöse. Natürlich versuchen Sie hier, der Thüringer Landesregierung zu unterstellen, dass Sie – wie Frau Mitteldorf das sagte – als selbsternannte Thüringer Heimatpartei die Einzigen sind, die sich hier um das Kulturgut scheeren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da muss ich Ihnen hart widersprechen: Ich finde, dass sich R2G – das beweist der Haushalt der letzten Jahre und das sieht der nächste Haushalt vor – hervorragend um das Kulturgut in Thüringen kümmert,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wahrscheinlich sogar besser, als Sie das momentan tun. Nichtsdestotrotz wissen wir alle hier in diesem Raum, dass das Bundesland Thüringen mit seinen finanziellen Mitteln nicht in der Lage ist, die zahlreichen Kulturgüter, die wir haben, die schlicht

und ergreifend einen sehr hohen Sanierungsstand haben, aus eigener Kraft auch tatsächlich zu erhalten. Dementsprechend ist die Forderung hier mehrfach auch in der Frage, wie man das mit dem Bund gemeinsam schafft, dieses Kulturgut zu erhalten, das nicht nur für Thüringen, sondern auch darüber hinaus bedeutend ist. Da gibt es schon länger und immer wieder auch die Forderung, gemeinsam daran zu arbeiten. Da ist viel Luft nach oben und eigentlich müsste es da tatsächlich mehr Kooperation geben.

Ende des letzten Jahres haben wir alle die Information bekommen, dass es diese Sonderinvestition geben soll. Wir hatten zu dem Zeitpunkt gerade einen Termin in Sondershausen mit Frau Fischer und haben uns auch dort den Sanierungsstand angesehen – Kollegin Marx und Kollegin Mitteldorf waren dabei. Wir haben – das hat Frau Mitteldorf auch beschrieben – darüber sehr intensiv diskutiert. Wir waren uns auch darüber einig, dass es ein Problem ist, wenn der Bund sozusagen hier zu starke Forderungen stellt und in die Kulturhoheit des Freistaats Thüringen so massiv eingreift.

Nichtsdestotrotz haben wir alle begrüßt, dass der Bund nun losgeht und sagt: Ja, wir müssen da etwas tun und tatsächlich dafür sorgen, dass Geld nach Thüringen und nach Sachsen-Anhalt kommt. Ich möchte, um den Mythen vorzubeugen, aus dem Protokoll des Deutschen Bundestags vom 21. November 2018 zitieren. Johannes Kahrs sagt dort: „Wenn man es sich weiterhin anschaut, dann stellt man fest: Es ist so, dass wir in diesem Haushalt aber auch viel für den Bereich Kultur getan haben. Da ich der zuständige Berichterstatter bin, erlauben Sie mir die Bemerkung: Frau Grütters, ich möchte mich ganz herzlich bei Ihnen für die gute Zusammenarbeit bedanken. Wir haben als Haushälter in den Kulturbereich sehr viel mehr investiert. Wir haben 120 Millionen Euro mehr für Kultur zur Verfügung gestellt. Der Kulturetat steigt insgesamt auf circa 1,9 Milliarden Euro. Wenn man sich das anguckt, sieht man: Es gibt einige wegweisende Projekte. Der Kollege Schneider hat sich hier mit anderen stark dafür eingesetzt, dass wir eine ‚Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten‘ für die Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt ins Leben rufen. Ich glaube, das ist nicht zu unterschätzen.“

Das heißt also, die Frage einer Stiftung stand von vornherein im Raum. Das hat sich niemand ausgedacht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon in der Debatte im Bundestag war von einer Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten die

(Abg. Henfling)

Rede. Das ist nicht sozusagen einfach hier aus dem Blauen gekommen, sondern das war schon immer eine Vorgabe, die der Bund von vornherein machen wollte.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Das ist falsch!)

Das ist nicht falsch.

Es gibt eine Anfrage der FDP-Fraktion und in dieser beantwortet das zuständige Ministerium ganz konkret, dass die Bedingungen dazu in einem Maßgabebeschluss gefasst worden sind. Von daher ist es einfach falsch, wenn Sie behaupten, es gebe dafür keine Grundlage. Man kann natürlich immer wieder ganz lapidar nur die Hälfte zitieren und dann kommt man bei seiner eigenen Wahrheit heraus. Das ist aber sozusagen nicht das, was uns hier an dieser Stelle weiterhilft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Schauen Sie mal in den Haushaltsplan!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe es gesagt, ganz grundsätzlich begrüßen wir, dass der Bund sich hier stark macht. Ich bin auch bei Frau Mitteldorf, wenn sie sagt, das ist immer die Frage, ob es gut ist, wenn nur die Haushälter entscheiden, wer das Geld ausgezahlt bekommt. Ich glaube, da liegt auch so ein bisschen die Crux. Man kann, glaube ich, weder dem Kulturminister in Thüringen noch den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und auch nicht dem Ministerpräsidenten vorwerfen, dass sie nicht alles dafür getan hätten, die Maßgabe, die ihnen der Bund gegeben hat, noch abzuwenden bzw. anders zu machen. Es gab die Überlegung, eine Dachstiftung einzurichten. All das ist diskutiert worden. Es ist einfach schlicht und ergreifend falsch, hier zu unterstellen, man hätte das nicht versucht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Versuch ist nämlich, das Geld hierherzuholen. Deswegen versucht man natürlich, das Beste dafür zu tun. Es tut mir leid, aber ich kann weder der Argumentation des Fraktionsvorsitzenden der CDU noch der von Herrn Kellner wirklich folgen. Wenn Sie tatsächlich etwas für das Kulturgut in Thüringen tun wollen, dann müssen Sie dafür sorgen, dass das Geld hierher kommt. Da können Sie nicht einfach wieder zehn Schritte hinter die Diskussion, die wir in den letzten Wochen hier geführt haben, zurückgehen und sagen: Wir müssen erst mal überhaupt die Frage stellen, ob wir das Geld überhaupt nehmen. Man kann sich diese Frage stellen, die ist

aber ganz einfach zu beantworten. Wenn wir das Geld nicht nehmen, dann können wir an einer Hand abzählen, welche Kulturgüter wir eben nicht in den nächsten Jahren sanieren können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist doch aus kulturpolitischer Sicht schlicht und ergreifend keine Option. Das ist keine Option.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Wir wollen doch das Geld!)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat vorhin gesagt, man muss sich die Frage stellen, ob man das Geld überhaupt nimmt. Das hat er vorhin gesagt.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Nein, unter den Bedingungen!)

Das hat er gesagt. Wir können das gern im Protokoll nachlesen.

(Zwischenruf Ramelow, Ministerpräsident: Man kann entscheiden, man nimmt es nicht!)

Genau. Man kann entscheiden, man nimmt es nicht. Aber dann muss man auch mit den Konsequenzen leben und kann hinterher nicht jammern, dass man kein Geld dafür hat, das Kulturgut entsprechend zu sanieren.

Natürlich bin ich total bei allen, die gesagt haben, wir möchten darüber entscheiden, was wie saniert wird. Aber bei dem Vortrag, den Staatssekretär Krückels heute hier gehalten hat, ist doch deutlich zu erkennen, dass es genau das Ansinnen sowohl der Staatskanzlei als auch des Kulturministers ist, sich genau darüber Gedanken zu machen und eben nicht einfach wild loszurennen und zu sagen, wir nehmen jetzt mal alles, packen es in die Stiftung und uns ist völlig egal, was damit passiert, Hauptsache, es wird saniert. Das ist doch nicht das, was sie machen. Es gibt Verhandlungen mit den Kommunen, es gibt Gespräche mit den Kommunen und es gibt die klare Ansage: Wenn ihr das nicht möchtet, dann müsst ihr das nicht machen. Was kann man ihnen denn mehr anbieten, als das zu sagen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kellner, das müssen Sie mir mal erklären. Dann hat Herr Kellner behauptet, wir hätten ein Zwei-Klassen-System, also die, die sozusagen in der Stiftung Schlösser und Gärten in Thüringen bleiben, und die, die in der Mitteldeutschen Stiftung verbleiben. Wir haben auch jetzt schon ein Zwei-Klassen-System. Wir haben nämlich auch ganz vie-

(Abg. Henfling)

le Objekte, die nicht als Liegenschaften in der Stiftung sind. Das ist jetzt ein schwieriges Argument. Ich kann total dem Argument folgen, dass wir schauen müssen – da bin ich völlig bei Frau Mitteldorf: Ist es zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich die richtige Situation, zu sagen, wir lassen unsere eigene Stiftung in einer anderen Stiftung aufgehen? Da bin ich genauso misstrauisch wie Frau Mitteldorf. Ich glaube nicht, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt sagen können, das ist eine sichere Geschichte, damit können wir unsere Stiftung übergehen lassen. Dann haben wir eine Stiftung, die das groß und in einer Hand regeln kann. Da fehlen mir tatsächlich noch die Basics. Ich glaube aber, wir müssen da stufig vorgehen. Wir müssen schauen: Was wird aus dieser Stiftung? Was wird aus den Zusagen des Bundes? Ich glaube, dann können wir entscheiden, was wir mit unserer eigenen Stiftung machen.

Ich fand auch interessant, dass beispielsweise in Sachsen-Anhalt darüber überhaupt nicht diskutiert wird, dass es dort überhaupt keine Informationen gab. Ich erinnere mich sehr gut, dass der Ministerpräsident dort weder von den Linken noch von der SPD oder von den Grünen gestellt wird. Ich glaube also, dass wir hier sehr gut informiert sind. Natürlich gibt es immer Spielraum nach oben, natürlich juckt es uns als Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitiker immer und wir wollen noch mehr wissen. Aber es ist doch auch von der CDU unredlich, Sachstände abzufordern, die es schlicht und ergreifend nicht gibt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen, dass Verhandlungen Verhandlungen sind, und Sie wissen, wie Staatsverträge zustande kommen. Wenn Sie so intensiv über Staatsverträge diskutieren wollen, bin ich gespannt, wenn wir über die nächsten Rundfunkänderungsstaatsverträge oder über den MDR-Staatsvertrag diskutieren. Da möchte ich einmal, dass Sie so hart einfordern, wie Sie das gerade hier tun, dass Sie so frühzeitig eingebunden werden, wie es jetzt der Fall war.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt nicht mehr viel zu sagen, außer einer Bitte – da möchte ich mich der Kollegin Mitteldorf anschließen. Es ist uns allen hier unbenommen, dass wir uns dafür einsetzen, dass diese vielfältige Kulturlandschaft in Thüringen erhalten bleibt, dass wir sinnvolle Strukturen haben, dass wir die touristische Nutzung ausbauen und dass wir sozusagen etwas Altes in die Moderne überführen, damit wir es für die Menschen erlebbar machen können. Mei-

ne sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein richtig gutes Anliegen und ich würde mir wünschen, dass wir da wieder zur Sacharbeit zurückkehren, wenn wir das im Ausschuss ordentlich beraten, wie das eigentlich auch für diese Woche vorgesehen war. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann können wir gern wieder auf der Sachebene arbeiten. Ich schließe mich an: Das hat nichts im Wahlkampf zu suchen. Das ist eine wichtige Frage und wir sollten das schlicht und ergreifend wieder in die richtigen Bahnen lenken. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Diezel:

Vielen Dank. Als Nächstes hat sich Frau Abgeordnete Marx von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Marx, SPD:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist es so: Am liebsten würden wir die Stiftung ganz allein betreiben. Natürlich würden wir am liebsten hier alle unsere Taschen öffnen, das Gold würde klappern und jeder würde sein Schloss selbst sanieren, vielleicht auch noch in kommunaler Verantwortung. Aber das funktioniert nicht, das wissen wir. Die Beträge sind schon genannt worden, es sind große Sanierungsstaus. Das Angebot ist auch schon haushalterisch untersetzt, was die Bauinvestitionen angeht. Der Bund will helfen und die Frage ist: Ist das Fremdbestimmung oder Mitverantwortung? In dieser Bandbreite bewegen sich die Hoffnungen, aber auch die Befürchtungen.

Ich bin deswegen noch einmal nach vorn gekommen, weil ich von dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion als Kronzeugin dafür angeführt wurde, dass hier etwas falsch laufen würde. Ich hatte Befürchtungen, das ist richtig, als mir bekannt wurde, dass mit unserer Stadt bzw. auch mit dem Museum verhandelt wird, dass man gesagt hat: Ihr müsst das mit hineinnehmen, das gehört dazu, das ist ein Komplettpaket. Ich möchte aber jetzt ausdrücklich auch von hier vorn sagen und habe das auch regional in Sondershausen so weitergegeben: Meine Befürchtungen sind entkräftet, weil hier Staatssekretär Krückels ausdrücklich zugesagt hat, dass hier nichts ohne kommunale Mitwirkung passiert.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier passiert nichts, ohne dass auch ein Mitbestimmungsrecht von örtlichen Körperschaften verhandelt und garantiert werden soll bei der Frage: Was passiert mit Sammlungen? Unter dieser Vorausset-

(Abg. Marx)

zung – auf der Basis der zugesagten Absicherung weiterer kommunaler Mitsprache – unterstütze ich dann auch ausdrücklich die zwischen dem Land und meiner Stadt in Sondershausen geplanten Gespräche mit dem Ziel, die bestmögliche Regelung zum Erhalt, der Sanierung und der überregionalen Präsentation auch unseres Schlosses und seiner Schätze zu ermöglichen. Ich bin ausdrücklich einverstanden mit dem, was heute hier klargestellt und ausführlich erörtert wurde. Dann gehen wir doch den Weg bitte gemeinsam.

Natürlich, es stimmt: Wir haben, wenn wir nur einen Teil unserer Schlösser in diese neue Stiftung einbringen können, eine weitere Verpflichtung auch gegenüber den anderen vielen Juwelen in unserem Land. Kollegin Henfling hat eben schon darauf hingewiesen: Wir haben jetzt schon verschiedene Sortierungen, die Stiftung Weimarer Klassik als Beispiel. Es gibt für Friedenstein auch eine Sonderregelung in bestimmten Verhältnissen. Wir haben schon jetzt eine Vielfalt. Die Gleichwertigkeit oder Einzigartigkeit der Thüringer Kulturschätze zu gewährleisten und zu fördern, das bleibt unsere Verpflichtung. Aber, wie gesagt, wenn wir die Stiftung so konstruieren können und die Mitwirkungsmöglichkeiten für eventuell oder auch nicht eingebrachte Innereien – so nenne ich es jetzt mal – abgesichert werden können, dann ist es eben keine Bevormundung, sondern dann ist es eine echte Förderung und eine Mitverantwortung. Aber wir im Land haben dann allerdings auch die Aufgabe, dass wir nicht nur das Geld vom Bund mitnehmen und sagen, super, jetzt sind wir entlastet, sondern dass wir den Gewinn auch denen zukommen lassen, die dann in der bisherigen Stiftung möglicherweise oder wahrscheinlich noch verbleiben werden, nicht dass das zur Resterampe verkommt, sondern dass wir dann einen Mehrwert oder auch noch mehr übrig haben für diese vielen Objekte. Zu der Verantwortung möchte ich mich hier auch ausdrücklich im Namen der Koalition und unserer Fraktion bekennen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Kellner das Wort.

Abgeordneter Kellner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin noch mal nach vorn gegangen, weil ich doch das eine oder andere richtigstellen wollte, was hier von meinen Mitkollegen gesagt wurde. Herr Har-

tung, Sie haben gesagt, ich würde von Resten reden, und fanden das nicht sehr respektierbar. Sie haben gesagt, Sie reden von einer Reststiftung. Dann müssen Sie mir mal den Unterschied erklären, was Sie dann damit meinen, wenn ich sage, dann bleibt der Rest übrig, was Sie mit einer Reststiftung vorher sagen, deswegen wollte ich das noch mal richtigstellen. Das ist der Rest, der drin ist.

(Zwischenruf Abg. Dr. Hartung, SPD: Konzentrieren, Herr Kellner! Einfach mal darüber nachdenken!)

Liebe Kollegen von der AfD, ich habe Sie in den ganzen Ausschüssen nicht gehört, dass das ein Thema bei der AfD sein könnte oder gewesen wäre.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Dann hätte man auch kein Sonderplenum machen brauchen!)

Das muss ich schon sagen. Weil Sie gesagt haben, das ist nicht das geeignete Gremium hier, das ist nicht der geeignete Ort, um so etwas zu thematisieren, sondern im Ausschuss. Da habe ich das deutlich vermisst vonseiten der AfD, wo wir uns schon lange darüber Gedanken gemacht haben und auch Anfragen gestellt werden.

Liebe Kollegin Mitteldorf!

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Ohne „s“!)

Mitteldorf, Entschuldigung.

Sachsen-Anhalt hat eine völlig andere Struktur, als wir sie haben.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Richtig!)

Die sind nicht vergleichbar, weil du sagst, es geht alles zusammen da rein und wir teilen das. Da gibt es eine völlig andere Struktur, auch was die personelle Ausstattung anbelangt. Das ist nicht vergleichbar. Wir reden heute über Thüringen, deswegen sollte man auch bei Thüringen bleiben.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Kellner, gestatten Sie eine Anfrage?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Zum Schluss.

Und was die Aussage anbetrifft, dass ich für die Fusion gewesen wäre, dann muss man das mal bis zu Ende besprechen. Wir haben lange darüber ge-

(Abg. Kellner)

sprochen. Von vornherein habe ich gesagt, mit diesen acht Jahren ist das nicht zu machen, das geht nicht. Wenn aber drei Pakete vorgelegt werden, dann reden wir über 600 Millionen Euro für dreimal acht Jahre. Dann haben wir eine neue Ausgangssituation und dann muss man das auch alles neu denken.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Ja, du hast aber ...!)

„Neu denken“ habe ich gesagt. Aber wir sind uns auch einig gewesen: erst wenn es belastbar ist. Was haben wir dann ausgemacht? Du schreibst die Landesregierung an mit deinem Fragenkatalog. Du bist leider krank geworden und konntest das nicht machen. Ich habe den Bund angeschrieben mit unseren Fragen, um genau das rauszukriegen, wie belastbar denn diese Aussagen sind. Wir hören ständig, was es alles geben kann und geben soll, aber ich habe nichts auf dem Tisch liegen. Der Bund hat bis heute nicht geantwortet und wird es wahrscheinlich auch nicht tun. An der Stelle sind wir auch nicht weitergekommen. Man kann uns also nicht vorwerfen, dass wir nicht alles probiert hätten, um da ein Stück weit Licht ins Dunkel zu bringen. Ich finde das einfach unerhört, wenn man sagt, das Gremium hier, das Hohe Haus, ist nicht der richtige Ort, wenn es um unsere Kulturgüter im Land Thüringen geht. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall CDU)

Was unseren Antrag anbelangt, dass der schon am 23. eingereicht wurde, da gibt es eine ganz klare Begründung und Erklärung. Mich hat man nämlich aus dem Stiftungsrat angerufen und hat mir mitgeteilt, dass dieser Beschluss auf der Tagesordnung steht und was wir davon halten, ob wir davon Kenntnis haben. Das hatten wir nicht, null Kenntnis davon. Mit uns hat auch keiner darüber gesprochen. Wir kannten das auch nicht. Deswegen haben wir am 23. entschieden: Wir machen ein Sonderplenum, weil wir an der Stelle nicht weitergekommen sind. Das vielleicht auch zur Erklärung 23./29.05.

Und was immer gesagt wurde, Frau Henfling, dass Herr Mohring gesagt hat, wir wollen das Geld nicht, ist so nicht richtig. Wenn man bis zum Ende zugehört hätte, hätte man auch mitbekommen, dass er gesagt hat, unter diesen Bedingungen wollen wir diese Mittel nicht haben. Nichts anderes habe ich auch gesagt. Natürlich sind wir froh und dankbar, wenn wir Geld bekommen. Aber man muss auch sehen, dass die Konditionen dafür stimmen. Wenn die Konditionen nicht stimmen, dann geht es nicht, dann müssen wir uns etwas Neues ausdenken.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Wer definiert denn die Konditionen? Sie?)

Dann haben Sie auch noch gesagt, was die angemessene Finanzierung der Stiftung anbelangt. Wir haben 6 Millionen Euro im Haushalt. 6 Millionen Euro für die Stiftung, das ist wahrlich nicht viel.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: 7 Millionen!)

7 Millionen, 6 Komma und, knapp 7 Millionen.

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Nächstes Jahr 9 Millionen!)

Das ist wahrlich nicht viel bei dem Aufwand und bei diesem Großteil der Immobilien, die man zu verwalten hat. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Es ist natürlich umso erstaunlicher, dass dann ganz schnell, wenn 100 Millionen vom Bund winken, 100 Millionen Euro vom Land bereitgestellt werden.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ja, klar!)

Ja, ja, klar. Das geht dann über Nacht. Ich sage mal „über Nacht“. Aber wir haben Jahre Zeit gehabt. Im Haushalt von SPD und CDU von 2014 haben wir 8,9 Milliarden Euro gehabt. Ein Jahr später haben wir schon 1 Milliarde Euro mehr gehabt. Wir enden ja nun bei 11,7 Milliarden Euro in 2020. Da kann mir doch keiner erklären, warum die Stiftung nicht auch entsprechend Mittel bekommen hat und wir immer noch bei diesen 6 Komma und, rund 7 Millionen Euro bleiben, aber über Nacht dann, wenn einer winkt, 100 Millionen Euro dann letztendlich bereitstellen. Das, muss ich sagen, muss man auch den Kollegen von der Stiftung erklären, warum in den zurückliegenden Jahren da nicht mehr gemacht wurde. Wir hatten eine andere Ausgangssituation, wenn gleich der Vorwurf kommt. Das wissen ja die Kollegen von der SPD, die mit uns zusammen die Regierung gestellt haben, wie eng die Zwänge waren, wie wenig Geld da war. Das weiß Herr Hey und freut sich schon, dass ich das noch anspreche, dass wir gemeinsam doch wirklich gespart haben, wo wir nur konnten. Wir konnten nichts zusätzlich ausgeben, aber die letzten Jahre war das nicht der Fall.

Dann möchte ich dem Vorwurf noch mal entgegenreten, dass wir hier Wahlkampf machen und von Ausverkauf reden. Ja, Ausverkauf – da gibt es auch einen entsprechenden Zeitungsartikel in der TA vom 07.05. Da geht es um Sondershausen und die Überschrift lautet: „‘Raub’ wertvollster Kulturgüter – Sorge um Ausverkauf des Schlossmuseums in Sondershausen“.

(Abg. Kellner)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie hat doch gerade etwas dazu gesagt! Langweilig!)

Da sieht man schon allein an dieser Überschrift – und das ist kein Einzelfall –, wie viel Unsicherheit in diesem Land ist. Wenn man uns jetzt vorwirft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir würden die Unsicherheit schüren, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Wir sind die, die das Thema ansprechen,

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Hast du deinen Antrag nicht gelesen?)

wo wir heute alle die Möglichkeit haben, darüber zu reden. Ich hoffe, die Lehren daraus zu ziehen und entsprechende Forderungen gegenüber dem Bund, aber auch gegenüber der Landesregierung aufzumachen. Mitnichten ist es so, dass wir irgendwas aufgreifen, um jemandem letztendlich zu suggerieren und Panik machen zu wollen. Die Unsicherheit ist da.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht ums Ganze!)

Das kann man nicht ignorieren. Wenn ich jetzt sehe, wie viele kritische Punkte gerade an der Stelle auch von den Fachleuten geäußert werden, zum Beispiel von der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Schlösserverwaltung.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage der Abgeordneten Mitteldorf?

Abgeordneter Kellner, CDU:

Im Anschluss.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Schlösserverwaltung sieht die gegenwärtige Entwicklung mit Sorge. Das sagt der Präsident der Bayerischen Verwaltung staatlicher Schlösser, Gärten und Seen, der auch am 11.05. in Rudolstadt gewesen ist. Er hat sich sehr kritisch zu diesem Verfahren, wie das hier gewählt wird, geäußert. Auch Frau Dr. Fischer hat in dieser Veranstaltung darauf hingewiesen, dass die Herausnahme dieser großen Residenzschlösser die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten ins Herz treffen würde. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sie dadurch im Grundsatz ausgehöhlt würde und dass dies auch ganz und gar dem Gründungsgedanken entgegenstünde. Weiterhin gab es von der Schlossanlage Wilhelmsthal einen entsprechenden Brief – ich nehme an, die Kollegen haben den auch alle bekommen –, in dem sie sich letztendlich dazu sehr kritisch äußern: Anmahnung – Erhalt der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten in seiner heutigen Form und mit heutigem

Bestand. Da gab es auch ein umfangreiches Schreiben, was alle Abgeordneten, denke ich mir, bekommen haben. Es kommt auch noch Protest von den kommunalen Museumsträgern, zum Beispiel dem Residenzschloss Sondershausen – das hatte ich schon gesagt, was dann in der Überschrift der TA mündet –, die auch große Probleme damit haben.

Wenn Sie uns schon nicht glauben und uns unterstellen, wir machen das nur, um der Politik willen und um Wahlkampf zu machen, dann glauben Sie doch den Fachleuten, die das kritisch betrachten. Sprechen Sie mit denen, was sie wissen – die Fachleute oder die Betroffenen – und was sie nicht wissen, und dann können wir über alles sprechen. Aber ich tue mich damit ganz schwer, das einfach so zu ignorieren, was letztendlich die Kolleginnen und Kollegen sagen, die direkt betroffen sind.

Wir haben auch kein Papier bekommen, weil immer gesagt wird, der Minister hätte uns ja angeboten, mit uns zu sprechen. Ich habe hier ein Papier bekommen – Thüringer Staatskanzlei, Staatskanzlei des Ministeriums für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt –, da geht es um Eckpunkte, um Umsetzung eines Sonderinvestitionsprogramms zur Gründung einer gemeinsamen Kulturstiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten, Stand: 15.02. Das habe ich nicht aus Thüringen bekommen, das hat man mir aus Sachsen-Anhalt zugestellt. Da muss ich sagen: Warum haben wir das nicht von unserem Minister bekommen? Was ist denn da passiert, dass wir diese Information nicht bekommen haben? Und das, muss ich sagen, ist nicht unbedingt das, womit man Vertrauen bei solchen Maßnahmen erweckt, sondern dass man eher das Misstrauen und die Unsicherheit weckt.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ja, ihr seht das Misstrauen!)

Nein, und die Unsicherheit.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Doch, doch!)

Nein! Wir machen das nicht. Wenn Informationen vorenthalten werden!

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Ihr seid 14 Tage später informiert worden!)

Über das Schreiben hier?

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Nein, über den Inhalt!)

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Ihr schürt das!)

Nein, wir schüren das nicht, definitiv nicht.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, jetzt haben Sie zwei Anfragen zugelassen, die erste stellt Frau Abgeordnete Henfling. Nein, hat sich erledigt. Dann Frau Abgeordnete Mitteldorf.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Kellner, Sie haben ja gerade und auch noch mal ganz besonders zum Schluss ausgeführt, dass die CDU-Fraktion natürlich keine Ängste und keine Unsicherheiten schüren würde. Dann frage ich Sie jetzt mal: Wie bewerten Sie dann dahin gehend den Titel Ihres Antrags zum Sonderplenum, in dem von „Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern abwenden“ gesprochen wird?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordneter Kellner, CDU:

Ich habe es ja gerade gesagt, weil diese Ängste und Befürchtungen einfach von der Basis heraus gekommen sind. Und wenn wir nichts sagen können, weil wir nichts wissen, dann wird das natürlich auch weiter so diskutiert werden. Das muss man doch mal zur Kenntnis nehmen! Es wäre doch das Einfachste gewesen, man hätte alles auf den Tisch gelegt, dann gäbe es diese Diskussion nicht, dann gäbe es diese Schlagzeilen nicht, dann gäbe es unser Plenum heute nicht. Aber man hat es halt nicht gemacht.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Weil ihr es schürt! Ihr wollt Wahlkampf damit machen!)

(Unruhe CDU)

Man hat es leider verpasst. Ich habe vorhin gesagt: Wir stehen auf jeden Fall zur Verfügung, konstruktiv mitzuarbeiten und das gemeinsam zu machen. Aber wir brauchen letztendlich auch entsprechend belastbares Papier, belastbare Dokumente, worüber man dann auch letztendlich streiten bzw. diskutieren kann. Und wenn das nicht der Fall ist – wir reden hier nur über Hörensagen, ich habe nichts Schriftliches, Sie auch nicht, Frau Mitteldorf. Wir haben nichts Schriftliches, wir reden nur von Hörensagen. Und jeder denkt sich etwas Neues aus. Da höre ich die Kommunen, die sagen, 50 Prozent Betriebskosten gibt es heute. Der Oberbürgermeister Knut Kreuch: Tolle Sache, das Schloss kommt weg, weil ich dadurch 70 Prozent spare.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das kommt nicht weg!)

(Beifall SPD)

Ja, das bleibt in Gotha, nur zu sagen hat er nichts mehr.

Also das Museum kommt weg und ich spare 75 Prozent der Kosten, die ich sonst als Kommune tragen muss. Das kann ich nachvollziehen, aber ich muss auch sagen: Da gehört halt ein bisschen mehr dazu. Und wir wissen gar nicht, ob wir es bekommen, das ist doch eigentlich das Entscheidende. Wenn ich das Geld habe, dann kann ich auch sagen, dass ich das unter den und den Bedingungen mache, dann habe ich das Geld. Aber wenn ich nur darüber rede, dass es sein könnte, dass wir etwas bekommen, das ist doch zu wenig und da müssen wir wirklich in die Tiefe gehen. Da habe ich nur die Bitte, dass wir das auch zukünftig so machen. Deswegen halte ich diesen Platz, das Plenum, für durchaus geeignet, wenn nicht sogar zwingend. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Hey, Fraktion der SPD, das Wort.

Abgeordneter Hey, SPD:

Frau Präsidentin, vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es treibt mich jetzt doch noch mal nach vorn, weil ein paar widersprüchliche Dinge in Herrn Kellners Aussagen vor dieser Debatte, in dieser Debatte, auch während der ganzen Presse- und Medienverlautbarungen der letzten Tage auftraten. Da versuche ich doch noch mal ein bisschen reinzuhaken.

Mein Kollege Kellner hat hier vorn zwei-, drei-, vielleicht sogar viermal gesagt, die Stiftung sei ja im Grunde leistungsfähig. Die Leistungsfähigkeit dieser Stiftung sei gegeben. Er verweist auf ein paar Sonderinvestitionsprogramme, die wir in den letzten Jahren, Monaten und Wochen auch in Thüringen hier mit debattiert haben. Das eine sind die 60 Millionen Euro für das Schloss Friedenstein, das andere die Summe für Altenburg – über die wir im Übrigen hier im Landtag auch nicht abgestimmt haben. Aber eins ist Fakt, das sage ich jetzt mit aller Deutlichkeit: Ich habe einen relativ guten Draht zur Stiftung, grüße auch alle Mitarbeiterinnen und Bedienstete und Mitarbeiter, die hier heute auf der Besuchertribüne sitzen. Ich glaube, eins ist Fakt, da wird mir Jörg Kellner auch nicht widersprechen können: Für das einzigartige kulturelle Erbe hier in Thüringen, für die mehr als 30 Objekte, die die Stiftung in den letzten Jahren, wie ich finde, aufopfe-

(Abg. Hey)

rungsvoll und sehr vorbildlich zu pflegen versucht hat, ist der finanzielle Ansatz im Haushalt des Freistaats Thüringen mehr als ungenügend.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Hat keiner gesagt!)

Wenn sich ein kulturpolitischer Sprecher der jetzigen Oppositionsfraktion CDU hierhinstellt und sagt, zur damaligen Zeit – in den fünf Jahren, als wir mit der SPD gemeinsam regiert haben – gab es bei 8 Milliarden Euro bestimmte finanzielle Zwänge, da haben wir nicht nachbessern können, dann sage ich auch ganz deutlich: Der Haushaltsansatz der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten ist auch in den Jahren zuvor – auch ohne SPD-Beteiligung, unter Alleinherrschaft der CDU – in keiner Form nachgebessert worden.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn sich ein kulturpolitischer Sprecher der CDU hinstellt und vergisst, dass wir dieser Stiftung im letzten Doppelhaushalt 250.000 Euro, also eine Viertelmillion, mehr gegeben haben, das macht in fünf Jahren 1,25 Millionen Euro – ich finde, das ist gut angelegtes Geld –, dann, finde ich, ist das schon ein starkes Stück, sich hier vorn hinzustellen und zu behaupten, wir würden da nichts tun, weil jetzt – wie gesagt – ja auch die Spielräume da sind.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt dafür zu werben, in einer künftigen wie auch immer gearteten Landesregierung, sei sie Rot-Rot-Grün, sei sie wie auch immer in welchem Farbenspiel gemischt, weiterhin alles dafür zu tun, um diese Stiftung weiter auch besser auszustatten, geht man hier nach vorn und sagt, es hat ja erstens ...

(Unruhe CDU)

Jörg Kellner, Moment. In der Zeitung steht, die Ausstattung der Stiftung sei lächerlich. So hat sich Jörg Kellner mehrfach zitieren lassen. Jetzt geht er hier vor und sagt: Die Stiftung ist an sich aber leistungsfähig. Das ist ein Dissens. Das müsste man vielleicht noch einmal versuchen ein bisschen darzustellen. Ich bin der festen Überzeugung, diese Stiftung mit ihren fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verdient auch in den kommenden Jahren stetigen Zuwachs im Landeshaushalt. Dafür sollten wir kämpfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das eine. Das andere will ich auch noch einmal ganz deutlich sagen: Es wird immer von Perlen geredet, die jetzt aus der Stiftung herausgelöst werden. Ich finde das schwierig, auch wenn ich be-

kanntermaßen ein ziemlicher Lokalpatriot bin und natürlich auf Schloss Friedenstein nichts kommen lasse. Alle der mehr als 30 Objekte, die die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten allerdings bewirtschaftet und versucht auch liebevoll zu pflegen, alle diese Objekte bilden die einzigartige Kulturlandschaft Thüringens ab.

(Beifall SPD)

Wie müssen sich diejenigen fühlen, die jetzt nicht in diesem Sonderinvestitionsprogramm enthalten sind und nicht als Perlen bezeichnet werden. Ich will diese Unterscheidung hier vorn am Pult und auch in der Presse deswegen gar nicht machen. Das ist das eine. Das andere ist, warum der Freistaat Thüringen sich unter anderem auf den Weg gemacht hat, aus Sicht von Jörg Kellner, Perlen herauszulösen. Das hängt auch mit einem Kompendium zusammen, nach dem nicht nur das Land Thüringen, sondern der Bund seit vielen Jahren handelt. Das ist das Blaubuch von Prof. Raabe, den ich noch ein Jahr vor seinem Tod persönlich habe kennenlernen dürfen. Er schreibt unter anderem – man möge es mir verzeihen, aber es ist auch wirklich nur ein Beispiel – zu dem Objekt, das in meinem Wahlkreis, in meiner Heimatstadt liegt, auf Seite 225 im aktuellen Blaubuch – man kann es nachlesen – wörtlich: „Die im Blaubuch angeregte und inzwischen gegründete Kulturstiftung Schloss Friedenstein Gotha soll Gotha zu einem zweiten kulturellen Schwerpunkt im Freistaat Thüringen machen. Allerdings ist die Umsetzung nach den geschaffenen Vorgaben nur schwer möglich. Die finanziellen Möglichkeiten stehen in keinem Verhältnis zu der großen Aufgabe. Stadt und Land sind überfordert. Die Wiederherstellung des einzigartigen Ensembles unter Einschluss des Parks und der dazu gehörigen historischen Gebäude kann die Stiftung in der jetzigen Form nicht leisten. Ohne die Hilfe des Bundes, was nach den Beschlüssen der Föderalismusreform schwierig genug sein wird, und ohne massive Bereitstellung europäischer Mittel wird man die gewünschten Ziele nicht erreichen.“ – Blaubuch von Prof. Raabe.

(Zwischenruf Abg. Kellner, CDU: Nichts anderes gesagt!)

Ist doch okay. Ja, das ist seit 2006 so niedergeschrieben, damals galt immer noch ... Die CDU war hier...

Jetzt passiert Folgendes – damit das hier vorn auch noch einmal einer gesagt hat in der ganzen Debatte, damit hier vorn in die geöffneten Stenoblöcke der Journalisten und in die Fernsehkameras das wenigstens einer mal in dieser Debatte zu diesem Unsinnsantrag der CDU geäußert hat –: Es gibt zwei Herren im Bundestag, die unter anderem auch

(Abg. Hey)

nach diesen Blaubuchvorhaben und -vorgaben gehandelt haben. Das sind die Herren Kahrs und Rehberg, die sich diese beiden Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen genauer angesehen haben und die bereit sind, 200 Millionen Euro – 100 Millionen für Sachsen-Anhalt, 100 Millionen für den Freistaat Thüringen – zusätzlich aus dem Bundeshaushalt hierherzulenken. Komplementär finanziert hier das für uns 200 Millionen Euro für unsere Thüringer Schlösser, Burgen und Gärten. Damit es überhaupt noch mal einer gesagt hat: Danke, lieber Herr Rehberg, danke, lieber Herr Kahrs, dass Sie das versuchen! Das muss man an dieser Stelle hier auch noch mal ganz deutlich sagen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn ich mich dann hinstelle und einen Antrag stelle, der überschrieben ist mit „Gründung einer Stiftung Mitteldeutsche Schlösser und Gärten – Ausverkauf von Thüringer Kulturgütern abwenden“, das hören die auch in Berlin, die im Moment, lieber Jörg Kellner, auch noch eine gute Laune brauchen, um beispielsweise diese Betriebskostenregelung noch in den Haushalt für 2020 hineinzulancieren. Wenn die das hören, dann will ich es hier auch noch mal ganz deutlich sagen: Einen Antrag in dieser Form so didaktisch einzubringen und so eine Sondersitzung des Plenums hier im Thüringer Landtag mit zu lancieren, das verdient es, auch beim Namen genannt zu werden. Etwas, was so riecht und so aussieht, das ist eine Frechheit. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die CDU-Fraktion hat Abgeordneter Wirkner das Wort.

Abgeordneter Wirkner, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, anhand der Debatte kann man die Notwendigkeit erkennen, ein Sonderplenum durchzuführen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es gibt hier keine self-fulfilling prophecy!)

Ich bedauere natürlich sehr, meine Herren von der AfD, dass es Sie so arg langweilt, wie Sie das vorhin dargestellt haben. Dass Sie sich an der Debatte gar nicht beteiligen wollen, das zeigt allein, dass Sie kein grundsätzliches Interesse an dieser Debatte

haben, wenn es um diese Kulturgüter in Thüringen geht.

(Beifall CDU)

Ich möchte noch mal an den Anfang der Debatte zurückkommen. Als der Staatssekretär hier den Sofortbericht abgehalten hat, da fiel der Satz „Angst schüren“.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist kein Satz!)

Angst schüren – wo, bitte schön, sollte man über solche Probleme denn diskutieren, wenn nicht in einem Plenarsaal im Thüringer Landtag? Weil es nur im gegenseitigen Meinungsstreit gelingen kann, den richtigen Weg zu finden, um auch in diesem Fall eine Lösung herbeizuführen. „Angst schüren“ – wie ein Schmelbrand breitet sich seit Wochen die Diskussion über die Zukunft der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten über Thüringen aus. Ich sage Ihnen das bewusst, weil ich in Rudolstadt ansässig bin, wo der Sitz der Stiftung ist. Die Angestellten sind verunsichert, keiner kann eine klare Antwort geben auf die Fragen, die sie stellen. Deswegen haben wir heute diese Sondersitzung beantragt, um ganz deutlich herauszustellen, welche Position wir, die Fraktion der CDU, vertreten.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche vertritt sie denn!)

Vieles ist heute in der Debatte bereits gesagt worden, ich will das nicht wiederholen. In meiner Funktion jedoch als Vorsitzender der Gesellschaft Thüringer Schlösser und Gärten e. V. kann ich hier vermelden, dass unsere Gesellschaft nach eingehender Beratung die Gründung einer Mitteldeutschen Stiftung nicht unterstützt und schon gar nicht das Eingehen von Einrichtungen der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten in eine neu zu gründende Mitteldeutsche Stiftung. Uns erschließt sich nicht, warum es einer Gründung einer neuen Stiftung bedarf. Es gibt doch die Möglichkeit, die in Aussicht gestellten Gelder direkt der Stiftung zukommen zu lassen, ist doch dort das Personal qualitativ und quantitativ vorhanden. Alle Möglichkeiten sind vorhanden, die finanziellen Mittel zweckentsprechend zu verwenden, auch bei der Gefahr, dass andererseits Begehrlichkeiten geweckt werden.

Wir, die Gesellschaft Thüringer Schlösser und Gärten, fordern daher die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuloten, die finanziellen Mittel auch ohne Gründung einer neuen Stiftung der eigenen Länderstiftung zuführen zu können. Kultur, meine Damen und Herren, ist Ländersache, in der Verfassung verbrieft. Der Vorgang erinnert mich persönlich speziell an die Diskussionen um den Digital-

(Abg. Wirkner)

pakt, der vor Monaten mit den Schulen in den Bundesländern gelaufen ist.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie sind übrigens gerade in der Bundesregierung, falls Ihnen das nicht aufgefallen ist!)

Da hatte der Bund Geld zur Verfügung stellen wollen unter der Maßgabe, sie wollen darüber entscheiden, was damit gemacht wird. So ähnlich scheint es auch hier jetzt zu sein. Man muss sich doch bei aller Diskussion die Frage immer stellen: Warum will man denn diese Mitteldeutsche Stiftung gründen? Was ist denn der Hintergedanke? Es kann doch nicht nur sein, um Begehrlichkeiten abzuwenden von anderen Bundesländern, die ebenfalls Gelder haben wollen. Lassen Sie uns doch gemeinsam den Föderalismusgedanken leben und kommen wir unserer Aufgabe nach, dass Kultur unsere Sache ist, die Sache des Landes Thüringen. Lassen Sie uns gemeinsam daran wirken, beim Bund durchzusetzen, dass die Gelder auch, wenn sie als so dringend notwendig angesehen werden, dann zu uns, nach Thüringen, fließen, vor allem in die vorhandene Stiftung, die seit nunmehr 25 Jahren ihre Arbeit macht. Wir hatten vor Kurzem erst eine Festveranstaltung auf Schloss Heidecksburg. Lassen Sie nicht zu, dass diese Stiftung ausgehöhlt wird und dass es zum Schluss nur noch Fragmente gibt, in der die ländereigene Stiftung letzten Endes wieder in einer anderen Stiftung ist. Daher bitte ich Sie um Sachlichkeit bei der Diskussion in den Ausschüssen. Es muss uns gelingen, die Gelder auch so zu transferieren, ohne dass uns der Bund Auflagen erteilen kann.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Mitteldorf, DIE LINKE: Dann redet doch mal mit euren Leuten!)

(Unruhe DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Bevor ich dem Abgeordneten Höcke das Wort erteile – meine Damen und Herren Abgeordneten, jetzt habe ich das Wort –, möchte ich sehr herzlich den Botschafter der Republik Österreich auf der Tribüne begrüßen und den Präsidenten des Nationalrats der Republik Österreich. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Jetzt hat der Abgeordnete Höcke das Wort.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich wollte heute eigentlich gar nicht zu diesem Tagesordnungspunkt reden,

(Zwischenruf Abg. Skibbe, DIE LINKE: Das wäre besser gewesen!)

obwohl ich ja Ausschussmitglied bin. Das hat einfach einen ganz trivialen Grund: Ich bin nämlich relativ stark erkältet, meine Stimme ist relativ angeschlagen und ich wollte meine Stimmbänder auch noch für den Wahlkampf schonen, der ja eigentlich noch gar nicht eröffnet ist. Aber nach diesem CDU-Antrag und nach diesem Sonderplenum scheint jedoch klar zu sein, dass wir uns schon mitten im Wahlkampfmodus befinden – jedenfalls die CDU tut das.

Sehr geehrter Herr Wirkner, Sie haben gerade den Tenor noch ausgeführt, dass die AfD, dass meine Fraktion kein Interesse an Kultur hätte. Habe ich das so richtig verstanden? Das waren Ihre Worte. Ich kann dazu nur sagen: Wir haben kein Interesse daran, dass die altherwürdige Thüringer Kultur durch das CDU-Wahlkampfgetöse Schaden nimmt. Daran haben wir tatsächlich kein Interesse.

(Beifall AfD)

Das, was Sie heute hier veranstalten, das ist nichts anderes als Wahlkampfgetöse. Ich kann durchaus hier auch den Rednern – und das tue ich durchaus selten – zustimmen, der Regierungskoalition, wenn gesagt wird, dass das, was hier heute passiert ist, eigentlich unerträglich ist. Und wir können es nicht verstehen. Als vernunftbegabte Menschen und Abgeordnete können wir es nicht verstehen, dass das Instrument des Sonderplenums so missbraucht worden ist von Ihnen, sehr geehrte Kollegen von der CDU-Fraktion. Seit 11.00 Uhr heute Mittag sitzen hier fast hundert Abgeordnete, nicht alle sind immer anwesend, aber vielleicht schaut der eine oder andere auch in der Kantine über den Livestream zu, Hunderte Zuschauer am gerade von mir erwähnten Livestream, die Tribüne ist heute auch durchgängig gut gefüllt, insgesamt vielleicht 300, 400, 500 Menschen. Das mit drei Stunden multipliziert, dann sind wir bei 1.500 – 1.500 Arbeitszeit- oder Lebenszeitstunden, die Sie für Wahlkampf hier heute geopfert haben und die für dieses Land, für unseren Freistaat Thüringen,

(Beifall AfD)

sicherlich fruchtbringender hätten investiert werden können.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Lassen Sie mal die Kirche im Dorf!)

(Abg. Höcke)

Sehr geehrter Herr Kollege Kellner, Sie gehören zu den Kollegen, die ich grundsätzlich sehr wertschätze für Ihre ausgleichende, ruhige Art, für Ihre Sachlichkeit, das möchte ich betonen. Trotzdem haben Sie hier vorn im Wahlkampfmodus tatsächlich Dinge gesagt, die unanständig sind. Ich habe gerade eingangs erklärt, warum ich hier diese Rede für meine Fraktion nicht gehalten habe und jetzt trotzdem an diesem Rednerpult stehe. Ich bin Mitglied des Ausschusses, der genau diese Thematik, die wir heute seit zweieinhalb Stunden diskutieren, am Freitag wieder auf der Tagesordnung hat und im Januar dieses Jahres bereits auf der Tagesordnung hatte. Ich habe mir das Protokoll noch mal angesehen. Ja, ich habe damals tatsächlich, als der Berichtsantrag der CDU im Ausschuss eingebracht worden ist, nicht mit Nachfragen noch einmal für die AfD-Fraktion reagiert. Warum habe ich das nicht getan? Das habe ich nicht getan, weil ich grundsätzlich maulfaul wäre. Ich glaube, das kann man mir als Ausschussmitglied nicht vorwerfen. Regelmäßig habe ich dort meine Redebeiträge. Ich habe mich nicht gemeldet, weil nach dem Antrag der CDU-Fraktion, nach der Lektüre des Antrags der CDU-Fraktion und nach der Antwort, die Staatssekretär Krückels dort geliefert hat, für mich erst einmal klar war, dass ich das Gefühl hatte, dass die Landesregierung – das tue ich auch selten – durchaus ihre Ausführungen transparent und zielführend gemacht hat zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich hatte tatsächlich erst einmal keine Nachfragen.

Sie haben bei Staatssekretär Krückels zweimal nachgefragt, kurze Nachfragen. Die Antworten des Staatssekretärs haben Sie damals dann auch zufriedengestellt, jedenfalls hatte ich den Eindruck. Dann gab es noch ein kurzes Wortgefecht mit Ihrer Kollegin Frau Mitteldorf. Das war – das können Sie im Protokoll nachlesen – der Gang in der Beratung des Ausschusses. Wie gesagt, jetzt ist am Freitag dieser Punkt wieder auf der Tagesordnung. Das ist auch der normale Prozess. Das wäre das normale Prozedere für diesen Sachverhalt gewesen – die Beratung, Reflexion und sicherlich auch immer wieder die Befragung der Landesregierung im zuständigen Ausschuss. Dazu sagen wir Ja. Daran wollen wir uns als AfD-Fraktion jetzt und in Zukunft gern beteiligen.

(Beifall AfD)

Noch einmal: Was nicht geht, ist die Instrumentalisierung dieses Themas. Dafür ist dieses Thema viel zu wichtig. Ich will jetzt nicht noch einmal die ganzen Argumente zusammentragen, die für oder gegen eine gemeinsame Stiftungslösung sprechen. All das ist heute genügend, vielleicht schon im

Übermaß genügend getan worden. Wir haben, glaube ich, die Argumente pro und contra alle abgespeichert und ich würde mich freuen, wenn wir im Ausschuss, nachdem wir uns jetzt ein wenig hier in Wallung geredet haben, wieder zur Sachlichkeit zurückkehren und dort zu einer guten Lösung kommen – für den Freistaat Thüringen. Ich werde dort sicherlich gern meinen Beitrag leisten und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Landesregierung hat Ministerpräsident Bodo Ramelow das Wort.

Ramelow, Ministerpräsident:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, von hier aus will ich zuerst einmal Prof. Hoff danken für die Arbeit, die er leistet.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche ihm und seinem Sohn heute im Krankenhaus eine gute Genesung und ein gutes Gelingen.

Ich will aber den Versuch unternehmen, meine Damen und Herren, noch mal den Fokus zu weiten, weil ich im Moment das Gefühl habe, wir streiten hier im Hohen Rund gegeneinander, obwohl wir eigentlich viel mehr Gründe hätten, miteinander zu streiten,

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich für den kulturellen Reichtum, den Thüringen hat, und vor allen Dingen den Begriff, den man immer wieder prägen kann: Eins sind wir, wir sind steinreich. Wir haben über 2.000 Kirchen, bei denen ein großer Sanierungsstau vorhanden ist, wir haben Schlösser, Gärten, Herrenhäuser reichlich. Unser Bundesland ist aus seiner Kleinteiligkeit und der Kleinstaatlichkeit reich gesegnet mit Residenzschlössern und dem entsprechenden Erbe, ein Reichtum, der, meine Damen und Herren – und das sage ich jetzt mal in Richtung CDU –, in den ersten Jahren dazu geführt hat, dass ein Teil dieser Schlösser und Burgen an die LEG gegeben worden ist, mit der Aufgabe, sie zu verkaufen. Manch eines dieser Schlösser und Burgen, die verkauft worden sind, sind jetzt Problemfälle, mit denen wir uns gerade aktuell massiv auseinandersetzen.

In einem Punkt muss ich Katinka Mitteldorf revidieren: Schloss Reinhardsbrunn ist nicht von der Landesregierung verkauft worden, das war schon die

(Ministerpräsident Ramelow)

Treuhand. Es hat damals von Herrn Dr. Vogel den Versuch gegeben, das zu unterbinden und eine andere Idee zu entwickeln. Das ist einfach vom Tisch gewischt worden. Trotzdem war es wichtig, dass Christine Lieberknecht den Prozess angefangen hat, Reinhardsbrunn zu enteignen, um es aus dem Kreis der Verbrecher und der illegalen Finanzierung herauszuholen. Wir sind kurz davor, also in den letzten Tagen warten wir jetzt gerade auf den letzten Bescheid, damit wir die Gelder, die schon etatisiert sind, endlich in Reinhardsbrunn einfließen lassen können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, was mich ein bisschen stört, ist die Art und Weise, wie jetzt apokalyptische Reiter an den Himmel gemalt werden, über einen Vorgang, dass Schlösser und Burgen möglicherweise in eine neue Stiftung eingebracht werden. Diese apokalyptischen Reiter sind doch insoweit unbegründet. Wenn wir mit dem Bund und einem Nachbarbundesland zusammen eine Stiftung gründen, ist das nichts anderes als das, was wir jetzt schon mit dem Bund und der Stiftung Weimarer Klassik praktizieren, nämlich eine gemeinsame Verantwortung, in die sich Frau Grütters, die Stadt Weimar und wir als Land hineinbegeben haben. Manchmal ist es etwas schwieriger, die Stadt Weimar zu überzeugen, dass sie ihre Eigenanteile noch mal mitfinanziert, damit die Steigerungsraten dann auch bezahlt werden können. Da gab es auch in Weimar Auseinandersetzungen, ob man das Kulturfest oder die Kulturstiftung oder eventuell die eine oder andere Investition gegeneinander ausspielen würde. Ich erinnere mich zumindest ziemlich gut, weil für alle Kommunen, die reich mit solchen besonderen Schlössern, Burgen und Liegenschaften gesegnet sind, immer das Hemd viel zu eng ist. Das gilt für Weimar, das gilt für Gotha, das gilt für Rudolstadt. Deswegen, meine Damen und Herren, ist doch eins klar: Die Stiftung Schlösser und Gärten – und deswegen freue ich mich, dass Frau Dr. Fischer und viele aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer da sind – kümmert sich in einer vorbildlichen Art und Weise um diese einzelnen Objekte, obwohl alle hier im Raum wissen, dass es derzeit über 300 Millionen Euro Investitionsstau in dieser ganzen Schlösserstiftung gibt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe genau das Frau Dr. Fischer, als sie das Amt übernommen hat, gesagt, nämlich dass ich sie für die Gelassenheit bewundere, an so eine Aufgabe heranzugehen. Ich freue mich, dass jemand sagt, dass er die Aufgabe, die von Herrn Paulus

übergeben worden ist, übernimmt. Deswegen war ich auch froh, Herrn Prof. Dr. Paulus jetzt gerade den Thüringer Verdienstorden für seine Leistungen für Thüringen – genau hierfür – überreichen zu dürfen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion)

Diese Verächtlichmachung ist wirklich so – es ist so quälend!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich darauf hinweise, dass Schloss Hummelshain in Ihrer Zeit, als Sie Regierungsverantwortung hatten, verkauft worden ist und der Kaufpreis nicht mal eingezogen worden ist – ich habe es dann gemacht. Ich habe dann letztlich dafür gesorgt, dass es gelungen ist, den Kaufpreis endlich zu bekommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schloss Hummelshain hat jetzt dicken Schwamm drin. Jetzt kommt der Käufer und sagt, dass er es vielleicht auch wieder abgeben will. Sie sitzen da und lächeln vor sich hin, weil Sie denken, Sie können Prof. Hoff hier vorführen

(Beifall DIE LINKE)

an einem Thema, bei dem tatsächlich der Bund 200 Millionen Euro auf den Tisch legt und sagt: Diese 200 Millionen Euro geben wir für eure Kulturgüter dazu, 100 Millionen Euro für Sachsen-Anhalt, 100 Millionen Euro für Thüringen – aber nur, Herr Kellner, wenn wir 100 Millionen Euro dazulegen. Da hat Prof. Hoff gesagt, dass wir das hinkriegen, obwohl er von der Finanzministerin dazu noch überhaupt keine Freigabe hatte.

(Zwischenruf Abg. Geibert, CDU: Oh!)

Ja, „oh“. Glauben Sie denn, dass das Finanzministerium da steht und sagt, Schloss Reinhardsbrunn wird enteignet, und gibt dann das Geld zur Verfügung! Sie waren doch der zuständige Minister in einer Zeit, als Sie wussten, dass Sie Christine Lieberknecht allein gelassen haben in diesen Fragen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hat es doch praktiziert. Ich habe die ganzen Vermerke anschließend vorgefunden und habe gesehen, wie Christine Lieberknecht gekämpft hat in der Staatskanzlei, dass dieses Schloss enteignet worden ist. Da gab es immer wieder vom Kabinet

(Ministerpräsident Ramelow)

die Hinweise, dass das Geld dafür nicht vorhanden ist. Deswegen bewundere ich Christine Lieberknecht für die Ruhe, mit der sie es dann gemacht hat. Als sich das weiter fortgesetzt hat, hat das Finanzministerium mitgeteilt: Wir sind nicht sonderlich glücklich darüber, weil die nächsten 30 Millionen Euro in Reinhardsbrunn relativ schnell ausgegeben sind. Mit Frau Dr. Fischer war ich gerade in Reinhardsbrunn bei einem Termin. Da haben wir über Friedrichswerth geredet. Jeder hier im Raum sollte sich mal darum kümmern, was mit einem Schloss passiert, das zehn Jahre lang nur geheizt wird, aber keine Nutzung hat, und was ein kulturelles, nicht nur Kleinod ist, sondern ein ganz besonderes Schloss ist, aber in keinerlei Nutzung steht.

Deswegen, meine Damen und Herren, während jetzt von der CDU versucht wird, uns hinsichtlich dessen vorzuführen, ob wir es richtig machen, ob wir die Stilnoten richtig erteilt bekommen, haben wir immer noch die gleichen Sorgen. Wenn Schloss Hummelshain abgegeben wird, ist ein Sanierungsstau dort drin. Der Schwamm sitzt oben im Dach. Wir sind gerade mal dabei und versuchen mithilfe des Fördervereins, das Eintreten des Wassers zu unterbinden. Schloss Reinhardsbrunn wird in das Eigentum übergehen und wir werden uns in die Verantwortung stellen müssen. Das Schloss Crossen ist gerade von einer chronisch unterfinanzierten Gemeinde übernommen worden, damit es nicht von Reichsbürgern gekauft wird. Ich bin dankbar, dass der CDU-Bürgermeister in Bad Köstritz, dass Herr Heiland den Mut hatte, vorher in das Eigentum zu gehen und es jetzt gesichert rüberzugeben. Damit sind wir immer noch nicht an der Lösung für Crossen, aber ich bin froh, dass es nicht in fremde Hände gefallen ist, in die es nämlich fallen sollte. Jeder, der sich lokal damit auskennt, weiß, wovon ich da gerade rede und dass das nicht ganz banal ist. Während wir hier darüber streiten, ob wir die 200 Millionen Euro mobilisieren sollten oder nicht, haben wir immer noch Schloss Hummelshain, Schloss Crossen, Schloss Friedrichswerth, das Wilhelmsthaler Schloss, das in einem Zustand ist, das von Geld nur träumen kann. Und wenn ich dann Reinhardsbrunn sage, dann weiß man ungefähr, was schon an weiteren Problemstellen und Problemfeldern da ist.

Es gibt einen Punkt, da bin ich, Herr Wirkner, mit Ihnen einer Meinung. Es ist tatsächlich so, das, was im Moment die Haushälter vom Bund mit den Ländern machen, ist dasselbe wie beim Digitalpakt. Und es sind auch dieselben Personen. Als Ministerpräsident habe ich eine Runde durch den Vermittlungsausschuss drehen müssen, damit die Bedingungen, die man uns aufgegeben hat, ins Grundgesetz schon reinbeschlossen hat – das waren Ih-

re Abgeordneten, Ihre! Ich gehöre dieser großen Koalition überhaupt nicht an, es sind die Leute, über die Sie reden, die aus Ihrer eigenen Partei kommen – und auch von der SPD, natürlich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich ja, ich war dankbar, als Carsten Schneider gesagt hat: Ich kämpfe für Geld für nationale Kulturgüter in Thüringen und in Sachsen-Anhalt. Ich war ihm dankbar dafür. Damals habe ich spontan – da habe ich überhaupt keine Kenntnis gehabt, da können Sie sagen: Ja, was wusste der Ministerpräsident? Gar nichts. Ich habe gehört, sie haben im Bereinigungsausschuss in der Nachtsitzung 100 Millionen Euro, zweimal 100 Millionen Euro herausverhandelt. Ich habe nicht gehört, dass das die Ministerin verhandelt hat. Ich habe gehört, dass es die Haushälter rausverhandelt haben. Und dann haben die Haushälter gesagt: Wir knüpfen das aber an Bedingungen. Um noch mal den Herrn Rehberg zu zitieren, Herr Rehberg hatte sogar noch die besondere Überlegung, in dem Moment, wo eine Gemeinde – es ist ja eben so gesagt worden, wenn Gotha das Geld nicht mehr zahlen muss, weil es die Betriebskosten jährlich dazu bekommt –, Herr Rehberg hat gesagt, die Gelder, die eine Stadt dann nicht mehr einzahlen muss, müssen aber für die Stiftung Thüringer Schlösser gebunden werden. Dann stelle ich mir mal Rudolstadt vor, die dann um die Heidecksburg entlastet werden, aber sie zahlen dann zum Beispiel an die Weimarer Kulturstiftung oder an die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten. Und das erklären Sie dann mal bitte Ihren Gemeinderäten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit war dann klar, dass das eine aberwitzige Idee ist. Ich rede nur über Gesprächsverläufe, denn ich habe spontan gesagt – und da war ich mit Frau Dr. Fischer einer Meinung –: Für Schloss Reinhardsbrunn, Friedrichswerth, Crossen und Hummelshain können wir das Geld wunderbar gebrauchen. Wir packen die vier Schlösser in unsere Stiftung, wir packen die 100 Millionen Euro dazu und wir haben eine Geldausgabe. Das war meine spontane Aussage. Kurze Zeit später meldet sich der eine Haushälter bei mir und sagt, er will mit mir darüber reden, damit er mir klar erklärt, diese Schlösser waren nicht das, wovon sie geredet haben. Sie wollen die national bedeutsamen, das sind unsere Residenzschlösser; diese sind genannt worden. Und, das war die Absicht und da hat Carsten Schneider wirklich gekämpft, sie wollen, dass die laufenden Ausgaben, die im Jahr für die Museen

(Ministerpräsident Ramelow)

entstehen, mitfinanziert werden. Und das will Frau Grütters überhaupt nicht.

Deswegen, meine Damen und Herren, will ich Ihnen noch mal sagen: Ich wundere mich, dass Sie zu der ganzen Diskussion den Antrag stellen mit der Begründung „Ausverkauf“ und die zuständige Ministerin aus Berlin bis heute noch gar nichts gesagt hat. Da frage ich mich in der Tat: Ist hier eine verkehrte Welt? Was findet hier gerade statt? Meine Damen und Herren, von Herrn Geibert wurde in Frage gestellt, es sei ja gar nicht festgelegt, dass es eine Stiftung sein müsste, und Herr Mohring hat es vorgetragen. Heute in der Zeitung sagt der Haushälter Kahrs – Haushälter Kahrs war maßgeblich daran beteiligt, ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes einzuplanen –: Die 200 Millionen Euro auf acht Jahre angelegt sind bis zur Gründung der länderübergreifenden Stiftung gesperrt. – Also so weit wissen Sie genauso viel wie ich. Und ich weiß nicht, warum Sie dann sagen, diese Bedingungen gibt es gar nicht. Wir bilden die uns nur ein oder der Haushalt. Herr Geibert, Sie wedeln dann immer und sagen: Das steht aber gar nicht im Haushaltsrecht drin. Aber die Bedingungen sind uns gesetzt worden. Und deswegen bin ich Prof. Hoff dankbar, dass er unglaublich flexibel versucht, mit dem überhaupt klarzukommen, nämlich dafür zu sorgen, dass dieses Geld in unsere Schlösser und Burgen und Gärten fließt.

Ich sage, meine Damen und Herren, es wäre mir lieber, wenn sich der Bund nicht permanent in die Hoheit der Länder einmischen würde.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sagen Sie das mal Ihren Haushältern. Sagen Sie das mal denen, mit denen wir dreimal die Runden durch die Vermittlungsausschüsse drehen mussten, denn für die Dinge, die der Bund versprochen hatte, nämlich den Digitalpakt – das war Ihre Ministerin vor der Bundestagswahl –, war kein Cent etatisiert, aber der Bevölkerung hat man eingeredet, da kommt jetzt unglaublich Geld. Danach hat unser Minister verhandeln müssen wie ein Blöder, bis das Geld überhaupt mal kam, und die Haushälter haben uns 27 Bedingungen reingeschrieben. Dann haben Ihre Fraktionen auch noch die Verfassungsänderung beschlossen und wir mussten als Länder erst mal 16 : 0 durch den Vermittlungsausschuss gehen. Deswegen sage ich: Ich habe schon eine lebhaftere Erinnerung, Herr Wirkner, dass diese Art des goldenen Zügels nicht angenehm ist und auch nicht gut ist.

Lieber Herr Mohring, wenn Sie mir garantieren – Sie sind ja der Vorsitzende in der Fraktionsvorsit-

zendenkonferenz –, wie wir die 100 Millionen Euro vom Bund kriegen und wie wir sie in unsere Stiftung platzieren und wie wir dann noch unsere 100 Millionen Euro dazulegen, dann werde ich den Hut ziehen, Herr Mohring. Aber dann verhandeln Sie bitte mit denen, die dafür verantwortlich sind, nämlich mit denen Sie jetzt die letzten zwei Tage zusammengegessen haben. Und reden Sie über den Rest im Ausschuss und nicht in Sonderplenar, wo man das Gefühl hat, es soll das Land nur schlechtgeredet werden, Hauptsache beim Hoff bleibt irgendwas hängen. Ich danke Prof. Hoff.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Mohring.

Abgeordneter Mohring, CDU:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, zunächst vielen Dank, dass Sie das Wort ergriffen haben. Ich würde mir im Übrigen wünschen, dass es so, wie ich das aus den 20 Jahren, die ich in diesem Thüringer Landtag bin, kenne und wie wir das kennen, in der Zukunft wieder gehandhabt würde, dass Minister, Staatssekretäre, Mitarbeiter – bzw. wenigstens einer aus der Reihe – dem Haus Respekt zeigen würden und da nicht so eine riesenleere Bank wäre.

(Beifall CDU)

Da sieht man doch ehrlich, dass es gar nicht in Ihrem Haus eingeplant war, dass Sie dieses Parlament nicht ernst nehmen.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Sie waren noch nie Minister oder Ministerpräsident!)

Die Bürger und die Öffentlichkeit haben ein Recht auf Transparenz.

(Beifall CDU)

Die findet genau hier in dem Haus statt, nirgendwo anders. Hier ist der Mittelpunkt der Demokratie und diese Wertschätzung erwarten wir von Ihnen.

(Beifall CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Sie wissen auch, dass es so ist. Es war noch nie der Fall in Thüringen, noch nie, zu keinem Zeitpunkt,

(Abg. Mohring)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Ach, ach!)

dass diese ganze Reihe – wenn Frau Ministerin Keller nicht da wäre und die Stenografen – leer ist, auf dieser Seite komplett, weder Mitarbeiter noch Staatssekretäre, noch Minister. Das gab es noch nie in Thüringen. Das ist respektlos.

(Beifall CDU)

(Unruhe und Heiterkeit DIE LINKE)

Im Übrigen würde ich gern darauf hinweisen, weil der Abgeordnete Höcke sich zu Wort gemeldet hatte und vor der Hälfte seiner Fraktion gesprochen hat. Eins kann man schon sehen bei ihm – und das ist das, was wir auch von 2019 sagen –: Wer diese Truppe wählt, hat am Ende Links auf der Backe. Das konnte man sehen. Mehr Stabilisierung als von der Seite kann es gar nicht geben.

(Beifall CDU)

Aber sei es drum, es muss jeder selbst wissen.

Wissen Sie, ich will das gern mal sagen, Herr Ministerpräsident, Sie haben auch an einem ganz entscheidenden Punkt in Ihrer Rede – wahrscheinlich gar nicht mit Absicht – darauf hingewiesen, um was es bei dieser Frage der Mitteldeutschen Kulturstiftung geht, nämlich: Wer ist Souverän? In Artikel 30 des Grundgesetzes ist die Kulturhoheit bei den Ländern festgeschrieben. Sie sagen zu Recht, das Beispiel der Stiftung Weimarer Klassik ist ein Beispiel, was Vorbildcharakter hat. Was Sie aber derzeit mit Ihrer Regierung verhandeln, ist, dass wir eine Stiftung einrichten sollen mit dem Bund, mit Thüringen und mit Sachsen-Anhalt. Das ist ein Novum und nicht vergleichbar mit der Stiftung. Wir wären sofort dafür, wenn der Bund mit Thüringen allein eine Stiftung auf den Weg bringen würde, um das Ziel zu erreichen,

(Beifall CDU)

was sich offensichtlich Haushaltspolitiker vorgenommen haben. Deswegen bleibt es dabei, im Haushalt 2019 – wir haben ja nicht viele Informationen bekommen, die ersten hier im Plenarrund heute durch den Staatssekretär. Dafür bin ich auch dankbar. Das haben Sie sachlich vorgetragen hier in der Öffentlichkeit, im Plenarsaal, heute das erste Mal.

(Unruhe DIE LINKE)

Wir haben sonst nur die Information aus dem Bundeshaushalt, der nicht ganz unwichtig ist, wenn es um das Budgetrecht des Parlaments für 2019 geht. Da ist das, was Dr. Hartung mir auch bestätigt hat in meiner Zwischenfrage, genau formuliert, dass

der Bund für die nächsten acht Jahre sagt: Ja, wir geben euch – Thüringen und Sachsen-Anhalt – 200 Millionen Euro, wenn ihr selbst in der Summe auch 200 Millionen Euro reinpackt, aber gestaffelt für die nächsten acht Jahre; das ist die Bedingung, die formulieren wir – und Punkt. Die Kofinanzierung ist Bestandteil des beschlossenen Haushalts des Bundestags durch die Koalition von CDU, CSU und SPD – nur diese Bedingung zählt. Dass darüber hinaus Parlamentarier gern das hätten, was Sie in einer Nachtsitzung zur Bereinigung des Haushalts gern formuliert haben, dass die Engagierten wie Carsten Schneider, Antje Tillmann und andere, die in der Bereinigungssitzung dabei waren, sagen, wir wollen auch gern bestimmen, ist aus der parlamentarischen Sicht nachvollziehbar. Aber sie endet, die Bestimmung des Bundes, was mit dem Geld passiert, findet ihre Grenzen im Grundgesetz bei der Kulturhoheit der Länder. Das ist das Entscheidende und das ist unverrückbar, weil es im Grundgesetz festgeschrieben ist.

(Beifall CDU)

Und wissen Sie: Wir feiern in diesem Jahr „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“. Und schon die Väter, vor allen Dingen die Väter und die wenigen Mütter, die die Weimarer Reichsverfassung verabschiedet haben, haben die Kulturhoheit damals schon in der Weimarer Reichsverfassung bei den Ländern festgeschrieben. Und die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben diese Kulturhoheit, die die Länder innehatten, aus der Weimarer Reichsverfassung in das Grundgesetz übernommen.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Soll das eigentlich eine große Rede werden?)

Das ist eine lange Tradition, wir sind nicht in irgendeiner neomodischen Situation, in der wir uns befinden. Es ist eines der höchsten Güter und es ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts schlichtweg Kernstück der Eigenständigkeit, der Eigenstaatlichkeit der Länder. Ohne diese Kulturhoheit macht der Föderalismus und macht die Eigenstaatlichkeit der Bundesländer keinen Sinn. Deswegen ist es weit mehr, als Sie uns hier nonchalant unterjubeln wollen.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, was mich am meisten sozusagen verwundert? Das ist die Tatsache ...

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE)

Das ist jetzt hier mit Blick auf das Jahr 2019, auf die Ereignisse die hier stattfinden.

(Abg. Mohring)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Jetzt denkst du noch mal an den zweiten Satz deiner Rede!)

Während wir hier in der Plenardebatte sitzen, twitert die Fraktionsvorsitzende der Linken einen Tweet mit einer Umfrage und sagt: Ihr Thüringer, die CDU will die 200 Millionen Euro nicht für die Kultur verwenden und das müsste man jetzt alles selbst finanzieren und deswegen müssen wir entweder Schulen schließen oder Kindergärten schließen und das oder jenes machen.

(Unruhe DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde diesen billigen Populismus, als ob im nächsten Jahr 200 Millionen Euro ausgegeben würden, da macht sie eine Umfrage auf Twitter, ich finde das so unerhört, weil das so ablenkt und gar nicht zeigt, was für ein Aufwand dahinter steht. Dieses Geld ist ausweislich Ihrer Meinung gar nicht etatisiert im Haushalt – weder beim Bund noch im Landeshaushalt,

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Mike Mohring, bleib mal auf dem Teppich!)

sondern auf die nächsten acht Jahre festgeschrieben.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wenn es nach Ihnen ginge, würden wir nicht mal einen Haushalt beschließen!)

Und wissen Sie, was vollkommen untergeht bei der ganzen Frage der Bedingungen des Bundes, Geld zu geben, Etatisierung im Landeshaushalt – die stehen ja auf jeden Fall unabhängig von dem Geld des Bundes dann auch im Landeshaushalt drin, also 100 Millionen Euro sind auf jeden Fall gesichert. Das ist eine ganz entscheidende Frage. Aber der Punkt ist doch: Mit der Stiftung, die dahinter steht, ist doch die Frage: Was passiert mit Thüringen und seiner Stiftungswelt insgesamt? Welche Rolle spielt die jetzige Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten in einer Konstruktion neben einer Mitteldeutschen Schlösserstiftung? Diese Frage muss man doch stellen. Wir wollen keine unterschiedlichen Bewertungen, Wertigkeiten unserer bisherigen Stiftung gegenüber einer neu zu gründenden Stiftung. Diese Fragen sind nicht geklärt. Die Sorgen derjenigen, die aus der Thüringer Schlösserstiftung ihre Sorgen formulieren, nehmen wir als CDU-Fraktion ernst – keine Zweiklassengesellschaft bei der Stiftungswelt für Schlösser und Gärten in Thüringen.

(Beifall CDU)

Wissen Sie, eines zeigt sich mir dann noch mal an dieser Stelle eben bei dieser Frage, welche Wertigkeit, welche Ernsthaftigkeit, welche Haltung, welche Verbindung und inneres Verhältnis zum historischen Erbe machen sich auch daraus fest, abgeleitet von der Kulturhoheit der Länder, dass es Sinn macht, dass eine Landesregierung, egal in welchem Bundesland das ist, egal in welcher Farbenlehre, diesem Bund, der mit Geld, weil es reichlich zur Verfügung steht, versucht, in die föderale Struktur einzugreifen, beherzt aus der Souveränität des Landes in seiner Eigenstaatlichkeit die Stirn bietet und sagt: Danke für eure Hilfe, wir nehmen das Geld gern, aber in unserer Souveränität, in unserer Eigenstaatlichkeit entscheiden wir, was mit Geld auf unserem Landesgebiet passiert. Das erwarte ich von einer Landesregierung, das zu verhandeln und einzufordern.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellsow, DIE LINKE: ... mit der CDU im Bund!)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Also ich fand es enttäuschend!)

Vizepräsidentin Jung:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Kann ich davon ausgehen, dass das Berichtersuchen zum Sofortbericht erfüllt ist? Gibt es Widerspruch? Es gibt Widerspruch. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem Berichtersuchen stattgibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind die Stimmen der Koalitionsfraktionen, der AfD-Fraktion, des Abgeordneten Gentele. Gegenstimmen? Das ist die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Rietschel. Damit ist das Berichtersuchen erfüllt.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Eben haben Sie sich noch für den Bericht bedankt! Lächerlich!)

Wird die Fortsetzung des Sofortberichts im Ausschuss beantragt?

(Zuruf Abg. Geibert, CDU: Ja!)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Es gab doch keinen!)

(Heiterkeit im Hause)

Auf Verlangen der CDU-Fraktion stimmen wir jetzt über die Fortberatung des Berichts im Ausschuss für Europa, Kultur und Medien – davon gehe ich aus – ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten. Gegenstimmen? Es gibt keine. Stimmenthaltung-

(Vizepräsidentin Jung)

gen? Die AfD-Fraktion. Damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.

Es ist bis jetzt keine Ausschussüberweisung beantragt zu Nummer II des Antrags.

(Zuruf Abg. Geibert, CDU: Wird beantragt!)

Dann stimmen wir auch da über die Ausschussüberweisung an den Ausschuss für Europa, Kultur und Medien ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Stimmen aller Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt und die heutige Sondersitzung des Plenums.

Ende: 13.52 Uhr